Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1923

17.1.1923 (No. 16)

Visual Library

Bezugspreis:
in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle und in unseren Ausgabestellen abgeholt monatlich ℳ 1000.—, frei Haus geliefert monatlich ℳ 1100.—;
auswärts: durch unsere Agenturen bezogen ℳ 1100.—; durch die Post ausschl. Zustellungsgebühr ℳ 1100.— monatlich.

Einzelverkaufspreis: 40 ℳ.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.
Postscheckkonto Nr. 9547 Karlsruhe.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die 5gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum ℳ 95.—; auswärts ℳ 125.—; Familienanzeigen und Stellengesuche ℳ 60.—; Reklamezeile ℳ 350.—; an erster Stelle ℳ 400.—. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 8 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse:
Geschäftsstelle Nr. 203.
Verlag Nr. 21 und 297.
Schriftleitung Nr. 20
Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Chefredakteur: Hermann v. Loer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard, für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick: für die „Pyramide“ Karl Joho: für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruh. Druck und Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berlin 1 Redaktion Dr. Richard Fügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423.
Für unverlangte Manuskripte oder Druckschaften übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rückfendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion: 11—12 Uhr vormittags.

120. Jahrg. **Mittwoch, den 17. Januar 1923** Nr. 16.

Nach dem Einmarsch.

So tief auch Deutschland durch ein unverschuldet hartes Schicksal ins Unglück geraten ist, so wenig dürfen wir uns doch dazu verleiten lassen, nun verbittert oder ergebungsvoll die Hände in den Schoß zu legen und die Flut des Verderbens durch geborstene Dämme ins Land strömen zu lassen. Oft, eindringlich und von berufenstem Munde ist in den letzten schweren Tagen die Mahnung nach Einigkeit als der Grundlage ausgesprochen, auf der unter dem französischen Ansturm ein Zerfall Deutschlands noch zu vermeiden ist. Die Abstimmung, die am Samstag im Reichstage stattfand, war ein hoffnungweckendes Zeichen, daß dieser Ruf nicht ungehört verhallte. Die Mehrheit, die die Regierung Cuno auf ihre Ankündigung des äußersten Widerstandes gegen die Durchführung der französischen Absichten für sich vereinigte, war viel größer, als die, die Herrn Poincarés Ruhrprogramm in der Pariser Deputiertenkammer zujubelte. Und die Mehrheit der deutschen Regierung stellt eine Parteikonstellation dar, wie sie eben erst die äußerste Not des Vaterlandes zusammenschweißen konnte: geschlossene Front von Helfferich bis Scheidemann — die Todfeinde in der inneren Politik reichen sich die Hände zu der dem deutschen Volke aufgezwungenen Abwehr. Noch am Tage vor den Kundgebungen des Trauersonntages hatte die kommunistische Partei Deutschlands an die — mehr linksradikal als gemäßigt-sozialistisch orientierte — Gewerkschaftskommission, die oberste Behörde der freien Gewerkschaften, die Aufforderung gerichtet, mit der K. P. D. zusammen am Sonntag gemeinsam zu demonstrieren. Das Programm der K. P. D. lautete: Abwehr des französischen Einbruchs, aber gleichzeitig Sturz der Regierung Cuno und ihre Ersetzung durch eine Arbeiterregierung. Die Gewerkschaftskommission lehnte ab mit der Begründung, daß ihr die gegenwärtige Lage Deutschlands Burgfrieden der Regierung Cuno gegenüber gebiete. Diese Erklärung ist überaus erfreulich und wird Herrn Poincaré einen neuen Beweis dafür liefern, daß er auf den Granit der deutschen Einigkeit beißt, wenn er das Aeußerste wagen will.

Von höchster Bedeutung — nachdem die innere Einkehr das deutsche Volk zu schwersten Tagen vorbereitet hat — ist es nun, zu beobachten, wie sich in den nächsten Wochen die Opposition gegen die Pariser Politik, die Regierungen von Washington und London, verhalten werden. Zunächst muß vor übertriebener Hoffnung auf aktives, konkretes „Eingreifen“ der angelsächsischen Staaten gewarnt werden. England steht vor der Tatsache, daß es die Geister des Militarismus, die es rief, nun nicht mehr bannen kann. Sir Edward Greys feste Allianzversicherungen ermutigten die französisch-russische Entente zur Provokation der Mittelmächte, Lloyd George gab seine Zustimmung zu dem französisch-russischen Geheimvertrage von 1917, der Frankreich das linke Rheinufer versprach, Lloyd George legte durch den Frieden von Versailles den Grundstein zu der militärischen Hegemonie, die der französischen Republik erst aus der völligen Entwaffnung Deutschlands erblühen konnte. Jetzt muß Herr Bonar Law, selbst ehemaliger Minister im Kriegskabinett Lloyd George, zusehen, wie Frankreich sich im Ruhrgebiet festsetzt, und wie die Ruhrkohle, wenn den Franzosen ihr Abtransport gelingen sollte, nach Nordfrankreich abrollt, um einer Eisenindustrie die Nahrung zuzuführen, auf die sie gierig harrt, um die englische Konkurrenz zu ersticken. Er muß, die Faust in der Tasche geballt, zusehen — denn hinter Herrn Poincaré blitzen achtmalhunderttausend Bajonette ... Vielleicht bereut heute mancher maßgebende Engländer, daß man uns in Versailles nicht unser Friedensheer ließ!

David Lloyd George, der im Grunde derselben Reparationspolitik huldigte wie sein Nachfolger, wenn Bonar Law eben auch mehr Kraft zeigen kann, weil er den Rückhalt der mächtigen Unionisten hat — dieser Lloyd George veröffentlicht jetzt in einigen großen Zeitungen Artikel*) die sein politisches Programm enthalten. Der zuletzt erschienene, mit der Ueberschrift „Reparationen“, ist besonders interessant. Er gibt in diesem Aufsatz zwischen den Zeilen zu, daß es für England in der Tat unmöglich ist, eine Aenderung des gegenwärtigen chaotischen Zustandes der Weltpolitik, eine Ueberwindung des französischen Reparationswahnsinns ohne fremde Hilfe zu erzwingen. Indem er die ausschlaggebende Rolle schildert, die die Reparationskommission in der jetzigen Lage zu spielen berufen ist — man denke an die Feststellung der deutschen „Verfehlung“ vor dem Raub des Ruhrgebietes — setzt er auseinander, daß durch das Fernbleiben der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission das Element der Mäßigung auf England beschränkt ist, während Frankreich, der Vertreter einseitigster Gewaltpolitik, den Vorsitz führt und in wichtigsten Fragen schon entscheidend geworden ist. Sobald die Regierung Harding sich entschließen könne, so argumentiert Lloyd George, wieder Gebrauch von ihrem vertraglichen Recht zu machen, sei das Gleichgewicht in der bedeutungsvollsten Körperschaft wieder hergestellt. Nur aus diesem Entschluß der Vereinigten Staaten verspricht sich Lloyd George eine Besserung. Er schreibt nicht weiter, was er denkt: nämlich, daß bei einer Auflehnung Frankreichs gegen einen englisch-amerikanischen Entscheid in der Reparationskommission, der vertragsmäßigen Behörde, dem angelsächsischen Blocke dann auch das juristische Recht zustände, mit schwersten Repressalien gegen die Politik vorzugehen, die, wie Lloyd George sich ausdrückt, aus der Kuh, die Milch geben soll, Fleisch schneidet.

Die Frage der Vertretung der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission ist jetzt auch in Washington angeschnitten. Die Entscheidung des Senats steht noch aus. Die Hoffnung, daß dieser Stein ins Rollen kommt, muß, wie aus Lloyd Georges Darstellung der Weltlage hervorgeht, eine unserer letzten Hoffnungen sein.

Dr. R. F.

*) Auf diesen Artikel wird das „K. T.“ in seiner morgigen Nummer zurückkommen. Die Red.

Die europäische Kriegsgefahr.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Immer mehr wird klar, daß der französische Einbruch in Deutschland nicht nur einen Schlag gegen das Deutsche Reich, sondern gegen den Weltfrieden darstellt. Alle Explosivstoffe, die auf den Unvollkommenheiten der Friedensverträge geboren wurden, können jetzt Feuer fangen. Im Osten und Südosten Europas gärt es bedenklich. Der deutsche Botschafter in Moskau Graf Brockdorff-Rantzau ist gestern nachmittag aus Warschau kommend in Berlin eingetroffen. Mit dem gleichen Zuge kam auch der deutsche Gesandte in Warschau Ulrich Rauscher in Berlin an. Beide Diplomaten sind nach Berlin gerufen worden, um eingehend über die Lage im Osten zu berichten. Diese Berichterstattung steht im engsten Zusammenhang mit der Lage, die durch die jüngsten politischen Ereignisse im Westen geschaffen ist. Die Nachrichten, die aus Polen kommen, lauten immer beunruhigender. Der polnische Kriegsminister hat sich dorthin begeben. Alle polnische Militärpflichtigen vom 22. bis 40. Lebensjahre haben jetzt ihren Gestellungsbefehl erhalten. Die Militärärzte sind eingezogen worden. Von polnischer Regierungsseite wird zwar erklärt, daß diese Maßnahme schon seit langer Zeit geplant sei, aber es ist unverkennbar, daß die jüngsten Ereignisse eine ausschlaggebende Wirkung auf die durch Frankreichs Vorgehen ermutigte Haltung der polnischen Regierung ausgeübt habe. Die Rüstungen Polens richten sich gegen die östliche Grenze, gegen Rußland.

Zu gleicher Zeit rüstet jedoch auch Rußland. Während an seiner Grenze zahlreiche rote Truppen zusammengezogen worden sind, ist Kriegsminister Trotzki nach Smolensk abgereist. Es ist unverkennbar, daß man in Moskau kriegerische Verwicklungen in Europa vermutet. Die Besitzergreifung Memels durch die Litauer kann im Zusammenhang mit den zweifellos bestehenden, geheimen französisch-polnischen Abmachungen zu einem bewaffneten Vorgehen Polens gegen Litauen führen. Nach den dem „Achtuhrabendblatt“ von mehreren Seiten gleichlautend zugegangenen Meldungen würde Rußland in diesem Falle nicht untätig verharren. Ueber alle diesen Fragen, die naturgemäß Deutschland in seiner gegenwärtigen verzweifelten Lage brennend interessieren, sollen die beiden nach Berlin gerufenen deutschen Diplomaten der Reichsregierung Bericht erstatten, damit sie in der Lage ist, die Haltung festzulegen, die sie gegenüber der im Osten drohenden Kriegsgefahr zu beobachten hat. Auch im Südosten Europas häufen sich die Sturmzeichen. Die kleine Entente erachtet anscheinend die Zeit für gekommen, um gegen Ungarn einzuschreiten und benutzt dazu als Vorwand eine angebliche Grenzverletzung ungarischer Truppen an der rumänischen Grenze. Die von den Vertretern der kleinen Entente am Sonntag in dieser Angelegenheit überreichte Note sowie deren kriegerischen Vorbereitungen haben in Budapest eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Der bekannte ungarische Politiker und Faszistenführer Stephan Friedrich, der sich augenblicklich in Rom befindet, hat Mussolini zum Schutz gegen die Pläne der kleinen Entente ersucht. Hier werden dann die alten italienisch-südslawischen Gegensätze aufeinanderprallen und den Frieden Südeuropas gefährden.

Auch Dortmund besetzt.

Dortmund, 16. Jan. (Drahtber.) Um 11.45 Uhr sind die ersten französischen Truppen in Stärke einer Kompagnie in das Zentrum der Stadt eingerückt. Während des Einmarsches kreiste ein Flieger über der Stadt. Irgend welche Zusammenstöße sind bisher noch nicht zu verzeichnen.

Von „Sieg“ zu „Sieg“.

w. **Dortmund**, 16. Jan. (Drahtber.) Die Bahnhöfe, das Eisenbahnbetriebsamt und andere öffentliche Gebäude sind von den Franzosen besetzt worden. Um 2 Uhr fand zwischen einer Abordnung von Offizieren und dem Dortmunder Oberbürgermeister eine Besprechung statt.

Die geplanten Zwangsmaßnahmen.

b. **Paris**, 16. Jan. (Eig. Drahtber.) Die Verordnung des deutschen Kohlenkommissars, die den Zechen die Lieferung von Reparationskohle verbietet, hat in Paris großes Aufsehen erregt. Man erklärt, daß, wenn die Bergwerksbesitzer nicht nachgeben sollten, man zu weiteren Zwangsmaßnahmen schreiten werde. Es heißt, daß die Franzosen sich ernstlich, mit der Absicht trügen, hervorragende Persönlichkeiten aus dem Ruhrgebiet als Geiseln festzunehmen und die Besetzung weiter auszudehnen. In den nächsten Tagen soll die Besetzung bis Hamm und Unnah vorgetragen werden.

Auch die Einführung einer neuen Währung für das Ruhrgebiet wird erwogen. Man will mit der Schaffung einer eigenen stabilen Währung Industrie und Arbeiterschaft für die Besetzung gewinnen. Die Vorbereitungen für die Ausgabe einer neuen stabilen Währung sollen bereits weit gediehen sein und das französische Finanzministerium soll seine Pläne bis in die Einzelheiten ausgearbeitet haben. Daß die Besetzung dauernden Charakter haben soll, bezweifelt in Paris niemand. Im „Echo de Paris“ erklärt ein wohlunterrichteter Staatsmann, daß Frankreich solange an der Ruhr bleiben werde, bis Deutschland seine sämtlichen Verpflichtungen erfüllt haben werde.

w. **Düsseldorf**, 16. Jan. (Drahtber.) In der heutigen Sitzung nahmen deutscherseits Regierungspräsident Dr. Grützner und neun Vertreter der deutschen Zechen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes teil, von französischer Seite General Simon, General Dansignes und die Interalliierte Kontrollkommission teil. General Simon teilte mit, die deutschen Vertreter hätten einen Befehl des Generals Degoutte in Empfang zu nehmen. Er verlas dann den Befehl, worin die Zechenbesitzer zum letzten Male aufgefordert werden, spätestens morgen früh die Kohlenlieferung an Frankreich und Belgien wieder aufzunehmen. Als Sanktion für das Verbot der deutschen Regierung, Kohlen zu liefern, sei Dortmund besetzt worden. Sollte der Widerstand andauern, so werden weitere Sanktionen erfolgen. Versuche des Regierungspräsidenten und der Zechenvertreter, zu Worte zu kommen, wurden auf das Gröbste verhindert und die Sitzung für geschlossen erklärt.

Englische Pressestimmen zum französischen Vormarsch.

London, 15. Jan. (Drahtbericht.) Die Blätter nehmen in Leitartikeln zu dem neuen Vormarsch Stellung. Die „Daily Mail“ tritt dafür ein, daß Großbritannien und Frankreich wieder zusammenkommen und eine vereinte Politik verfolgen, da es sich für England darum handle, ob es allein stehe oder mit Frankreich bei einer Politik zusammenwirken wolle, die sich bereits als gerechtfertigt (?) bewiesen habe.

Die „Times“ treten dagegen der französischen militärischen Aktion mit ernsten Worten entgegen. Das Blatt schreibt, die Wahrheit sei, daß die Geschichte Europas plötzlich einen Sprung in eine neue Aera getan habe. Die Markstürze und der Gedanke, sie zu stabilisieren und das deutsche Budget auszugleichen, schienen bereits veraltet zu sein. Die Tatsache allein, daß militärischer Zwang angewendet werde, habe die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Regelung ernstlich vermindert, wenn nicht bereits vollkommen ausgeschaltet. Unter diesen Bedingungen sei zu befürchten, daß die französische Besetzung im Ruhrgebiet einen anderen Charakter annehme. Das allgemeine Reparationsproblem, wie es alle Alliierten berühre, sei in den Hintergrund getreten, um Ereignissen strategischen und politischen Charakters Platz zu machen. Dann dürfte eine neue Lage in Europa geschaffen werden, und eine solche Lage würde die Aufmerksamkeit selbst der ruhigsten britischen Regierung erfordern. Die ungarischen Ueberfälle auf Rumänien und die littauischen Ueberfälle auf Memel seien Symptome einer neuen Unruhe. Die gesamte wirtschaftliche Zukunft sei wieder unsicher. Die Franzosen hätten durch ihre Aktion im Ruhrgebiet ein furchtbares Risiko auf sich genommen, nicht nur bezüglich des Reparationsproblems, sondern auch bezüglich des Friedens der ganzen Welt. Es wäre zu begrüßen, wenn der Lauf der Ereignisse die britischen und französischen Ansichten wieder in Einklang bringen würde. Das französische Experiment müsse einen endgültigen Erfolg haben oder endgültig scheitern.

Kundgebung des Badischen Landtags zur Ruhrbesetzung.

t. **Karlsruhe**, 16. Jan. Die kurz nach drei Uhr nachmittags eröffnete Sitzung des Landtags gestaltete sich zu einer eindrucksvollen nationalen Kundgebung gegen den Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet. Als Präsident Wittemann die Sitzung eröffnete und auf die Geschehnisse der letzten Tage hinwies, erhoben sich sämtliche Abgeordnete (mit Ausnahme der Kommunisten) von ihren Sitzen und hörten die folgenden Ansprachen stehend an. Auch die zahlreichen Tribünenbesucher hatten sich von ihren Plätzen erhoben.

Präsident Wittemann wies in seinen Ausführungen zunächst darauf hin, wie Frankreich und Belgien gegen göttliches und menschliches Recht ihre Hand auf das Herz des wirtschaftlichen Deutschland gelegt haben. Wissen wir auch heute noch nicht, welche Folgen dieser Schritt haben wird, so ist uns doch gewiß, daß schwere Leiden über Deutschland kommen werden. Wir werden dieses Leid mit Würde und Ernst zu tragen wissen. Den schwer betroffenen Brüdern und Schwestern im Ruhrgebiet ist unser Mitgefühl gewiß. Wir stehen in deutscher Treue zu ihnen und wir wollen ihnen helfen, soweit uns das möglich ist.

Staatspräsident Remmele

hielt nachfolgende Rede:

Namens der Staatsregierung habe ich zu dem, was sich seit dem 11. ds. Mts. im Ruhrgebiet abspielt, einige Erklärungen abzugeben. Es ist über diesen Völkerrechtsbruch in den letzten Tagen in den deutschen Parlamenten, in der Presse und in der breiteren Oeffentlichkeit vieles gesagt und geschrieben worden, und es bleibt für uns infolgedessen nur noch in kurzer Zusammenfassung die Stellung der Regierung und damit wohl auch die Stellung des badischen Volkes zu präzisieren.

Der Einmarsch französischer und belgischer Truppen im Ruhrgebiet wird begründet, wie es in dem Urteil der Reparationskommission lautet, mit der Behauptung, daß Deutschland in böswilliger Weise mit seinen pflichtgemäßen Lieferungen von Holz und Kohle an die Entente in Verzug geraten sei.

Die Welt ist Zeuge dafür, welche Anstrengungen das deutsche Volk unternommen hat, um die Reparationsleistungen auf dem genannten Gebiete zu vollbringen. Die Welt ist Zeuge dafür, daß wir selbst in Deutschland die letzten vier Jahre hindurch außerordentlich schwer damit zu kämpfen hatten, der Industrie die erforderlichen Kohlen und den Haushaltungen die erforderlichen Brennstoffe zu geben für des Lebens Notdurft.

Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes bedeutet die Wegnahme der Verwaltung im rheinisch-westfälischen Gebiet, im Bergbau und in der Eisenbahn, ausgeführt mit Kriegsmachtmitteln gegen ein friedliches, unbewaffnetes Volk.

Die badische Regierung hat sich deshalb der Willenskundgebung des Reichstages angeschlossen.

Sie hat das ebenso freiwillig getan, wie sie vordem den Willen, die aus dem Friedensvertrag für Deutschland sich ergebenden Verpflichtungen getreulich zu erfüllen, unterworfen hat. Sie hat es getan, obwohl alle Welt sich klar darüber war, daß das, was der Friedensvertrag und das Ultimatum dem deutschen Volke auferlegt haben, als unerfüllbar und undurchführbar bezeichnet werden mußte. Die badische Regierung unterstützte das Reich in dieser Politik der Erfüllung, um der Welt ein Beispiel zu geben von dem ehrlichen deutschen Streben, zu einem wahren Friedenszustand gelangen zu können. Wieweit diese beispiellosen Anstrengungen geführt haben, darüber brauche ich in diesem hohen Hause nichts mehr zu erwähnen. Sie wissen, in letzter Konsequenz kam der furchtbare Zusammenbruch der deutschen Währung, die Verelendung des Volkes in einem Ausmaße, wie es kein Volk der Welt hat je tragen müssen.

Steigende Einsicht zur Vernunft war die Folge dieser Entwickelung. Dies scheint dem militärpolitisch orientierten Frankreich und dem französischen Großkapital unbehaglich geworden zu sein. Frankreich strebt nach Freiheit des Handelns, weil ihm von der absoluten Vormachtstellung in Europa träumt.

Es würde in diesem Augenblicke zu weit führen, auf die näheren und die dahinterliegenden Beweggründe einzugehen, denn das Ziel Frankreichs ist zweifelsohne ein ganz anderes als wie es zunächst der Oeffentlichkeit vor Augen erscheint. Die französische Politik von heute ist, wenn Sie in der Geschichte nachblättern, dieselbe Politik, wie sie das Frankreich des zweiten Kaiserreichs gegen Deutschland geführt hat, und diese Politik

beunruhigt auch heute den europäischen Frieden.

Sie ist eine Macht der Zerstörung, des Elends, der Unterdrückung, der Vernichtung, diese Po-

litik zerstört ganz naturgemäß auch den Organismus der deutschen Wirtschaft.

Die deutsche Regierung hat Frankreich, wie wir jetzt gehört haben, einen Pakt auf Unterlassung jeder kriegerischen Absichten für ein Menschenalter angeboten. Die Regierung eines der größten Länder der Welt, die dieses Angebot vermittelte, hat eine Antwort mit beschimpfenden Ausdrücken bekommen

in derart unerhörtem Maße,

daß sie es ablehnte, der deutschen Regierung diese Antwort weiter zu übermitteln. (Hört! Hört!)

Wenn man diese Art der Einstellung Frankreichs gegenüber Deutschland ins Auge faßt, dann muß einem klar werden: es wird noch eine furchtbar schwere Zeit der Prüfung kommen, ehe die Verständigung der Welt Platz greifen kann.

Die entstehende Krise oder entstandene Krise wird nun Weiterungen ziehen. Was sie bringt, ob Umkehr und Einsicht oder weitere Besetzungen und Sanktionen, niemand von uns kann das heute voraussehen. Infolgedessen ist aber auch jeder Schritt der Reichsregierung zur Abwehr der Vergewaltigung von ungeheurer Tragweite. Die badische Regierung billigte infolgedessen die ruhige, besonnene Haltung der Reichsregierung in der Ergreifung ihrer Mittel zur Abwehr dieser Vergewaltigungen; sie billigte auch die Verneinung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen, weil dieser Abbruch auch einer Frondierung gegen England gleichgekommen wäre. Das würde nach unserem Ermessen ebenso unklug gewesen sein, wie etwa der Versuch, die Schuld für dieses Schicksal etwa der jetzigen Staatsform zuzuschreiben.

Der Feind steht im Land!

Deshalb ist auch unfruchtbar der Streit über das Schuldkonto ehemaliger deutscher Annektionisten.

Die badische Regierung ist der Auffassung, daß es richtig ist, wenn sich das Reich in seiner Politik nach außen zu einer schiedlich-friedlichen Verständigung über die Frage der Reparationsleistungen im Rahmen des Möglichen bereit hält.

Im Namen der badischen Regierung habe ich dem Gefühl tiefster Trauer ob der Störung des europäischen Friedens Ausdruck zu verleihen, habe ich

feierlichen Einspruch

gegen den Versuch, deutsche Gebietsteile vom deutschen Reich abzutrennen, zu erheben, und hinzuzufügen, daß auch die badische Regierung die militärische Besetzung des Ruhrgebietes als eine Verletzung der nationalen Rechte ansieht. Die badische Regierung sieht in der Auswirkung solcher Gewaltherrschaft die große Gefahr, daß das wehrlose, nach Frieden verlangende deutsche Volk an den Rand völliger Verzweiflung gebracht wird. Für die dann aus der Verzweiflung drohenden Störungen kann die Verantwortung nur jenen Völkern zugeschoben werden, deren passive Gleichgültigkeit Raub und Rechtsbruch an einem wehrlosen Volke duldet.

Es bleibt nun nur noch übrig,

unser eigenes Verhalten

zu dieser der deutschen Nation angetanen schmachvollen Behandlung entsprechend einzurichten. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes hat in den jüngsten Tagen seit der Besetzung hohe Beweise eines Bekenntnisses zum Deutschtum abgelegt und die arbeitenden Stände an der Ruhr werden wie jene im Rheinlande ihrem Vaterland keine Schande bereiten. Möge sich auch im Badnerland das Volk so einrichten, daß es zu der der deutschen Nation angetanen Schmach nicht auch noch die Schande sehen muß. Möge jede Partei und jede Wirtschaftsgruppe bei der Verfolgung ihrer Bestrebungen nicht nur an ihre Interessen, sondern an das allgemeine Interesse der Republik denken, dann wird wegen der Folgen der durch Frankreich begangenen schweren Beleidigung des moralischen Sinnes der Zivilisation uns nicht bange zu sein brauchen. (Lebhafter Beifall).

*

Namens der kommunistischen Gruppe gab Abg. Beck eine Erklärung ab, in der zum Ausdruck kommt, daß auch die kommunistische Partei gegen den Einbruch französischer Truppen protestiert. Als der Redner den Kampf der französischen Kommunisten gegen die Ruhrbesetzung begrüßt und die deutsche Regierung und die deutschen Unternehmer beschuldigt, wird er von Zwischen- und Protestrufen unterbrochen.

Präsident Wittemann brachte danach eine von Abgeordneten verschiedener Parteien vorgelegte

Entschließung

zur Verlesung.

Die Entschließung lautet:

„Der Badische Landtag billigt den entschiedenen Widerspruch des Badischen Staatsministeriums gegen die militärische Besetzung und wirtschaftliche Vergewaltigung des wichtigsten deutschen Industriegebietes an der Ruhr, die eine frevelhafte Verletzung des Versailler Friedensvertrages darstellt. Der Landtag weiß das ganze badische Volk hierbei eins mit sich in dem Schmerz und in der Empörung über diese Gewaltpolitik. Unheilvolle Folgen wird die von Frankreich und Belgien getroffene Maßnahme wie für die besetzten rheinisch-westfälischen Lande so für das ganze deutsche Volk haben. Wehrlos wie wir sind, müssen wir uns heute der Gewalt beugen. Alles, was geschehen kann, um dem rechtswidrigen Zustand ein Ende zu machen und die Not zu lindern, werden wir nach besten Kräften unterstützen. Wir fühlen uns in Schicksalsgemeinschaft verbunden mit den deutschen Volksgenossen im besetzten Gebiete und stehen in unwandelbarer Treue zu ihnen. Die große Not der Zeit verlangt ein starkes deutsches Geschlecht, das auch in Ketten sich frei weiß und dem die Einheit des Reiches höchstes Gebot ist. Dieser vaterländischen Pflicht wollen wir mit allen Mitteln in Ehren und Würde dienen, in opferbereiter Liebe zum deutschen Volk und Reich!"

Diese Entschließung wurde mit allen Stimmen gegen diejenigen der kommunistischen Abgeordneten angenommen.

Darauf wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Die Lage im besetzten Gebiet.

Eine Bluttat in Bochum. — Besetzung weiterer Gebiete. — Die Lieferungsverweigerung der Zechenbesitzer.

w. **Essen**, 16. Jan. (Drahtber.) Unter dem Eindruck der Besetzung durch die Franzosen fanden gestern in Bochum spontane patriotische Kundgebungen statt, wobei die Menge singend durch die Straßen zog. Die Schupo war den Massen gegenüber machtlos. Es muß besonders betont werden, daß zur Zeit der Umzüge der Belagerungszustand über Bochum noch nicht verhängt war. Als ein durch die Königsallee kommender Demonstrationszug in die Nähe des französischen Postens beim Eisenbahndirektionsgebäude kam, feuerte die Wache mehrere blinde Schüsse ab, während die Menge in die Nebenstraßen flüchtete. Die Franzosen feuerten darauf grundlos einige scharfe Schüsse ab, durch die ein junger Mann tödlich in den Rücken getroffen und ein anderer verwundet wurde.

Infolge dieser Vorgänge ist die Erregung der Bevölkerung außerordentlich gestiegen. Durch die Straßen zogen vormittags große Massen. Mit Empörung wird überall von der gestrigen Bluttat gesprochen. Auch in Buer machte sich die Erregung über die Besetzung in Demonstrationen Luft. Stundenlang zogen die Massen singend durch die Straßen. Der französische Kommandant erließ jetzt eine Verordnung von unerhörter Schärfe. Ansammlungen auf der Straße werden nicht geduldet. Herausforderungen durch Singen irgendwelcher Lieder sind nicht gestattet. Auf Anruf hat jeder sofort stehen zu bleiben. Wird nicht sofort beim Halt stillgehalten, so erfolgt der Gebrauch der Schußwaffe.

Unterdessen befinden sich neue Truppenmassen aus Düsseldorf im Anrollen. Die Besetzung weiterer deutscher Gebiete steht bevor. Zwar erklärte man noch heute auf den französischen Stellen, daß ein weiterer Vormarsch nicht geplant sei. Schon aber ist in Dortmund die amtliche Nachricht eingetroffen, daß französische Truppentransporte heute mittag 12 Uhr auf dem Hauptbahnhof und um 1 Uhr auf dem Südbahnhof eintreffen werden, so daß also heute mittag Dortmund, wie gestern mittag Bochum den „siegreichen Einmarsch der Franzosen" erleben wird.

Schon wird auch gemeldet, daß sich die französischen Truppen in der Richtung nach Hamm vorschieben.

In Essen ist alles ruhig. Mit Spannung wartet man auf die Dinge, die sich in der heute nachmittag 3 Uhr stattfindenden Zusammenkunft in Düsseldorf zwischen den Vertretern des Zechenverbandes und der Arbeitnehmerorganisation mit General Degoutte ereignen werden. Französische Blätter verbreiten die Meldung, die deutschen Kohlenindustriellen hätten sich bereit erklärt, unter den am Samstag angegebenen Bedingungen von morgen an die Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien wieder aufzunehmen. Es ist kein wahres Wort an dieser Meldung. Die Zechenverbände haben ihren Standpunkt festgelegt und an dieser Stellungnahme kann keine militärische Maßnahme etwas ändern. Ohne Genehmigung des Reichskohlenkommissars wird und darf keine deutsche Kohle geliefert werden.

Ein Kriegsbericht von der Ruhr.

Paris, 16. Jan. Das Kriegsministerium veröffentlichte gestern über die militärische Lage im Ruhrgebiet folgende Note:

Die französischen Truppen im Ruhrgebiet und in Düsseldorf setzten die Durchführung des vorliegenden Planes fort und sind Montag vormittag in der allgemeinen Richtung auf Bochum vorgerückt. Montag abend werden sie sich auf der Linie Werden—Hattingen—Hörde—Henrichenburg—Recklinghausen—Bottropp befinden und links in Fühlung mit den belgischen Abteilungen stehen. Im Süden kommandiert General Henrys, im Norden General Caron.

Ein echter welscher Schwindelbericht.

Paris, 16. Jan. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur in Düsseldorf meldet: Angesichts der Weigerung der deutschen Bergwerksbesitzer habe General Degoutte die Ausdehnung der französischen Truppenbewegungen angeordnet. Der Berichterstatter verzeichnet, daß im Ruhrgebiet eine allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und ein Mangel an Brotgetreide eingetreten sei. Vor der Ankunft der Franzosen hätten die Deutschen mit dem Mehl eine sinnlose Verschwendung getrieben, in die die Franzosen erst hätten Ordnung bringen müssen.

*

Es ist ein glatter Schwindel, zu behaupten, daß die Besetzung ausgedehnt worden sei, weil die Bergwerksbesitzer die Lieferungen verweigerten. Der Vormarsch in der heutigen Ausdehnung war von Anfang an beschlossene Sache, die Pariser Blätter haben das schon vor Tagen zugegeben. Die Bereitstellung von Truppen für den weiteren Vormarsch ist übrigens Beweis genug für die wahren Pläne der Franzosen. Die Geschichte von der Getreideverschwendung und der Ordnung durch die Franzosen ist eine bildschöne, welsche Lüge.

Frankreich sucht Vorwände für neue Maßnahmen.

w. **Paris**, 16. Jan. Wie das „Echo de Paris" meldet, wird die Reparationskommission sich heute vormittag um 11 Uhr auf Antrag des französischen und belgischen Delegierten mit den angeblichen vorsätzlichen Verfehlungen beschäftigen, die sich nicht nur auf die Kohlen- und Holzlieferungen, sondern auch auf die Einstellung der Lieferungen von Pflastersteinen und endlich auf die Nichtausführung von großen Arbeiten im öffentlichen Interesse Frankreichs, die verlangt worden sind, beziehen. Es handelt sich ferner um die Ausführung des noch gar nicht präzisierten Planes Letrogners, der bekanntlich Kanalbauten und Elektrizitätsgewinnung vorsieht. Ueber die Ausführung ist mit der deutschen Regierung noch nicht verhandelt worden.

Der „Petit Parisien" glaubt übrigens, daß noch weitere Verfehlungen festgestellt würden. Man habe gestern abend die vollständige Einstellung der Kohlenlieferungen für Frankreich und Belgien erfahren. Nach dem „Petit Journal" soll das Vorgehen der Reparationskommission insofern den Zweck haben, die juristische Grundlage für neue Maßnahmen, die im Ruhrgebiet ergriffen werden könnten, für die französische und belgische Regierung zu liefern und endlich den Zusammenhang der kontinentalen Mächte aufrecht zu erhalten.

Paris, 16. Jan. Wie der „Temps" mitteilt, wurde in der gestrigen Ministerkonferenz beschlossen, wenn die Bergwerksbesitzer im Ruhrgebiet ihre Haltung nicht änderten, die Kohlen- und Koksmengen, die für die Reparationen erforderlich seien, durch Requisition zu verschaffen. Die Angelegenheit wäre dann nicht mehr allein Sache des Ingenieurs Coste, es hätte auch General Degoutte einzugreifen.

Pariser Ratschläge für die deutsche Sozialdemokratie.

Paris, 16. Jan. Der „Temps" bespricht in einem Leitartikel die Haltung der deutschen Sozialisten bei der Protestkundgebung des Reichstags. Daß sie bei der Abstimmung nicht anwesend waren und auch bei der öffentlichen Kundgebung der bürgerlichen Parteien nicht teilgenommen haben, sei eine bedeutsame Zurückhaltung, bedeutsamer sogar, als die Kundgebungen selbst. Wenn die deutschen Sozialisten aber logisch sein wollten, würden sie den Rücktritt des Kabinetts Cuno verlangen. Ihre Haltung zeige, daß sie kein Vertrauen zu ihm hätten, was ein Beweis von klarem Blick sei. Wenn eine Partei so mächtig sei wie die Sozialdemokratie in Deutschland, so dürfe sie wohl verlangen, daß die Politik ihres Landes in einer so ernsten Zeit von einer Regierung gelenkt werde, die ihr Vertrauen besitze. Warum also regiere Cuno noch immer? Der „Temps" antwortet: Um ihn zu stürzen, müßte die Sozialdemokratische Partei selbst die Verantwortung übernehmen und dazu könne sie sich nicht entschließen. Sie fürchte einerseits, daß die Reaktionäre einen Gewaltstreich unternehmen, andererseits, daß die Kommunisten an Boden gewinnen, wenn sie ihre Kritik an einer sozialistischen Regierung auslassen können. Auf alle Fälle müsse man feststellen, daß die Sozialdemokratie nicht in der Lage sei, in entscheidenden Augenblicken die Regierung zu übernehmen, und daß infolgedessen ihr pazifistisches Glaubensbekenntnis keine Garantie für den Frieden darstelle.

Sympathiekundgebung der englischen Arbeiter.

w. **London**, 16. Jan. (Drahtber.) Das Mitglied des Unterhauses Buxton wird am Donnerstag nach Deutschland reisen, um den deutschen Sozialdemokraten die Sympathien der britischen unabhängigen Arbeiterparteien anläßlich der französischen Aktion im Ruhrgebiet zum Ausdruck zu bringen.

Die Haltung der englischen Regierung.

w. **London**, 16. Jan. (Drahtber.) Der „Westminster Gazette" zufolge wartet die Regierung die Ereignisse und die Entwicklung im Ruhrgebiet weiterhin mit einiger Besorgnis bezüglich der Lage ab, aber in keinerlei Absicht, zu intervenieren. Man sei nicht der Ansicht, daß die französische Besetzung von Bochum das Ende der Aktion bedeutet. Nichts könnte die Franzosen davon abhalten, nach Berlin zu marschieren.

Das einzige Recht.

„Manchester Guardian" sagt, das einzige Recht des Friedensvertrages von Versailles für den Fall einer Verfehlung Deutschlands gebe der Artikel 430, der den Alliierten gestatte, ein Gebiet wiederzubesetzen, das bereits geräumt worden sei. Natürlich gäbe es augenblicklich kein solches Gebiet und nirgends im Vertrage ein gesetzliches Recht, deutsches Gebiet zu ergreifen. Dies erkläre zum Teil, warum Mr. Poincaré jede Absicht einer militärischen Besetzung des Ruhrgebiets geleugnet habe. Außerdem wäre dem Grafen Rantzau 1919 vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages versichert worden, daß nichts in dem Vertrage so gedeutet werden könne, als ob die Alliierten autorisiert wären, sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen.

Hans Thoma.

Wenn sich die Laufbahn eines Menschen, dessen Leben Mühe und Arbeit, Kampf und Ringen gewesen ist, der Abendsonne zuneigt, dann muß er es sich gefallen lassen, daß auch die Oeffentlichkeit sich mit ihm und seinem Wirken beschäftigt und er muß sich umso mehr damit abfinden, je größer die Erfolge waren, die er in zielbewußtem Streben auf dem unbeirrbar geraden Wege der Pflicht und zu dem einmal als richtig erkannten Ziel errang. Rückblickend zeigt sich ihm dann sein Werk von den Strahlen der Abendsonne vergoldet und löst dadurch, daß an Stelle einstiger Kämpfe das Verständnis getreten ist, Genutuung und Verklärung des Altersfriedens aus. Wenn schon wahre Befriedigung aus der Arbeit jedes Menschen ersteht, wenn er in das Werk seines Geistes und seiner Hände auch seine Seele und seine Ueberzeugung legt, weil erst sie die Arbeit und ihr Gelingen wahrhaft adeln, so ist das in hohem Maße bei dem Künstler der Fall, der deshalb infolge der besonderen Eigenart seines Berufes so oft Verständnis sucht und es so selten findet. Dies Geschick ist kaum einem sich bewußt aufwärtsstrebenden Künstler versagt geblieben, es hat sich auch dem Altmeister der badischen Kunst, Hans Thoma, oft genug hindernd in den Weg gestellt. Aber daß es nicht glückte, das beweist uns das jüngste Werk, das der kunstinteressierten Welt aus der Hand Joseph August Beringers auf den Tisch gelegt wurde und das in vortrefflich zusammengefaßter Form sowohl dem Menschen als auch dem Künstler Thoma gerecht zu werden sucht. Dr. Beringer würdigt in dem Buch Thoma den Maler, Thoma den Graphiker und Thoma den Kunstgewerbler. Um die Ausstattung des Buches und die technisch vollendete Wiedergabe zahlreicher Werke des Meisters hat sich die Firma Bruckmann-München verdient gemacht.

Dr. Beringer geht von dem Hinweis aus, daß wir es mit Thoma mit einer der eigentümlichsten Erscheinungen des 19. Jahrhunderts zu tun haben, dessen Kunstwesen und -Schaffen sich mit der seiner Rasse eigentümlichen, organisch bedingten Stetigkeit entfaltete und doch gegen den Widerstand einer Welt und Zeitentwicklung sieghaft durchsetzte. Gerade diese schweren Hemmungen und Widerstände machten Thoma innerlich unabhängig und frei. Die Lauterkeit des Fühlens und Denkens, die Notwendigkeit des Tuns und die charaktervolle Treue zu sich selbst, sie sind es, denen letzthin der Enderfolg zuwächst, sie auch waren es gewißlich, die Großherzog Friedrich von Baden veranlaßten, geleitet durch seine vortreffliche Menschenkenntnis, den Künstler aus Frankfurt wieder in seine badische Heimat zu berufen. Wenn auch der Name Thomas heute mehr und mehr hinausdringt, auch in weitere Kreise, so ist der Künstler und Mensch Thoma in Wesen und Eigenart, in seiner Größe und Stellung zur Kunst doch erst einem kleinen Kreis der zeitgenössischen Kunst offenbar und verständlich geworden und erst allmählich beginnt man zu begreifen, daß und warum Thoma allen Einflüssen seine nur ihm eigene persönliche Auswirkung entgegensetzte.

Als Maler abgelehnt und verhöhnt, als Graphiker totgeschwiegen und übersehen, als Kunstgewerbler belächelt und verachtet, kämpfte der Mensch gleich wie der Künstler und ist auch heute noch als Dichter und Schriftsteller trotz der Eigenart seiner Gedankenwelt und ihrer Formung, wenn auch eine volkstümliche und erfolgreiche, so doch mit vielem Vorbehalt aufgenommene Erscheinung.

Geistig früh gereift und innerlich gefestigt, schafft Thoma schon vor und während der Kunstschulzeit fertige Bilder von Persönlichkeits- und Kunstwert. Nur die Zucht und Ordnung des handgewerklichen Gestaltens lag ihm noch ferner. Tief durchdrungen von der Poesie des Sonnenlichts enthält für Thoma ein Bild schon genug Poesie, also auch Gedanken, um als ein Kunstwerk genommen zu werden, wenn es nur das Wesen, die Farben und das Licht darstellt. Thoma der Maler kann nicht vom Poeten und Graphiker geschieden werden. Als er Dürers „Marienleben" kennen lernt, wird ihm dies Holzschnitzwerk des Deutschen zu einer Stärkung seiner künstlerischen Anschauungen, während von französischen Einflüssen auf seine Kunst nicht gesprochen werden kann. Wäre es der Fall, so hätten auch sie den Künstler wohl kaum vor Gefahr eines Ausstellungsverbots im Karlsruher Kunstverein bewahrt.

Wechselvolle Reisen führen Thoma in die Welt, in der die Bekanntschaft mit seiner Lebensgefährtin für ihn von weittragender Bedeutung wurde. Frankfurt gibt ihm die ruhige Sicherheit, deren der Mensch und Künstler zum Schaffen bedarf, hier, in dem glücklichen Familienleben liegen auch die Wurzeln für das umfangreiche Werk, das mit dem großen Erfolg in München 1890 Thoma mit einem Schlage in die verdiente Reihe der Künstler stellt. Thomas Kunst war eine Sache der Oeffentlichkeit geworden. Das Jahr 1899 findet ihn an der Spitze der Kunsthalle in Karlsruhe. So wurde — sagt Beringer — Thoma durch sein Leben, seine Kunst und seine Schriften eine geistige Macht im deutschen Leben.

Die Vielseitigkeit des Künstlers brachte es mit sich, daß sein gesamtes Schaffen nur unzulänglich gewürdigt wurde. So wurde seine kunstgewerbliche Seite meist übersehen. Es kam dem Meister von Anfang an darauf an, die Vielgestalt seiner Natur in der ihm zur Verfügung stehenden Bildnersprache zum Ausdruck zu bringen, wobei ihn seine Arbeitsfreudigkeit unterstützte. Der Wesenskern seines Schaffens war die Naturnähe und die Problemferne, während die Natürlichkeit, Frische und Wärme seiner Begabung seiner Kunst den Stempel aufdrückten. Frei von der „Konvention der Nachahmung", auch nach seinem Pariser Aufenthalt, bleibt Thoma stets selbständig in Motiv und Farbe. Unter der Wärme des Liebeslebens seines beglückenden Lebensbundes beginnt sein Reifen, das alle Kräfte entfesselt, und nichts zeigt, auch wenn man ihn den „Einsiedler von Frankfurt" nannte, von dieser Einsiedelei. Trotzdem der Künstler in Frankfurt in jeder Beziehung auf der Höhe seines Schaffens steht, schweigt ihn die Ausstellungskritik tot. Weitere Reisen bilden ihn, und übergroß ist die Zahl seiner Werke in einer Zeit, deren Geist er neuen Inhalt geben wollte mit seiner Eigenart und seinem Gepräge.

Als dann die drei großen Ausstellungen des Thomaswerkes aus Anlaß seines 60. Geburtstages 1899 allgemeine Anteilnahme und Anerkennung wecken, hatte sich Hans Thoma durchgesetzt. Die öffentliche Meinung war gewonnen, Galerien und Sammler bewerben sich um seine Werke, Süd- und Westdeutschland haben ihn verstanden, während Norddeutschland sich zögernd verhält. Erst im letzten Jahre hat eine Ausstellung in der Nationalgalerie in Berlin den Sieg der Thomaschen Kunst, auch über Deutschlands Grenzen hinaus, zu einem vollkommenen gemacht. Diesen Sieg können auch Kritteleien nicht schmälern, die sich mit „Verzeichnungen", wie sie allen Künstlern aller Epochen eigen waren, auseinandersetzen. Die Hauptsache bleibt, sagt Beringer, daß die inhaltliche oder malerische Idee des Werkes möglichst vollkommen zum Ausdruck kommt. Am stärksten wirkt sich das Phantasieleben Thomas in der eigentlichen Graphik, in der Lithographie und der Radierung aus. Beringer stellt die Gestaltungen auf diesem Gebiet den höchsten graphischen Leistungen, namentlich den deutschen seit Dürer, als gleichwertig an die Seite. Er erzählt, wie Thoma erst in den neunziger Jahren sich an Radierungen machte. Als er eines Tages ein Stück vernickeltes Zinkblech, das der Spengler als Abfall von dem Reflektor an einer

Ein amerikanischer Reparationsplan.

Neuyork, 16. Jan. Das Nachrichtenbüro „Associated Preß" meldet: Der amerikanische Vertreter Boyden hat der Reparationskommission den anfangs November von Minister Hughes gebilligten Plan zur Regelung des Reparationsproblems unterbreitet. Boyden erwartet, daß der amerikanische Reparationsplan innerhalb einer Woche in Erwägung gezogen wird. Der Plan gibt keine technischen Einzelheiten für die Regelung, wie es der britische und der französische Plan taten und beschäftigt sich auch nicht mit der Frage der Kriegsschulden. Der Plan regt an, daß die Reparationsfrage an einen Ausschuß von Sachverständigen verwiesen wird und sieht in allgemeiner Form ein Moratorium von 2 oder 3 Jahren vor, um Deutschland Zeit zu geben, seinen Kredit im Ausland wieder herzustellen. Ferner sieht der Plan eine kleine Anleihe zur Stabilisierung der Mark vor.

Washington, 16. Jan. Von amtlicher Seite wird in Abrede gestellt, daß Boyden beauftragt sei, der Reparationskommission einen Reparationsplan zu unterbreiten und erklärt, der Plan sei von Minister Hughes nicht gebilligt worden.

Italiens Politik.

Eine Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten.

Rom, 16. Jan. Das amtliche Nachrichtenbüro Agenzia Stefani meldet: Im Ministerrat erklärte gestern Ministerpräsident Mussolini über die Besetzung des Ruhrreviers, Italien gewährte Frankreich nur seine politische und technische Solidarität. Italien konnte sich nicht isolieren, ohne einen schweren Fehler zu begehen. Der Plan eines kontinentalen Blocks gegen England bestehe nicht, im Gegenteil habe die italienische Regierung Frankreich geraten, soviel als möglich den militärischen Charakter in der Ruhrfrage zu beschränken und in dieser Hinsicht nicht die Möglichkeit eines Uebereinkommens zurückzuweisen. Italien habe keine Kohlen und könne sich nicht den Luxus auf Verzichtleistung oder Isolierung gestatten. Die italienische Regierung ist der Ansicht, daß die Möglichkeit von Uebereinkommen vorhanden ist, und die italienische Regierung arbeite in dieser Hinsicht. Es würde ein schwerer Fehler von Deutschland sein, wenn es eine solche Möglichkeit zurückweise. Der Verfalltag für die deutschen Zahlungen vom 15. Januar ist auf Ende des Monats verschoben worden. Infolgedessen stehen 14 Tage zur Verfügung, um eine Lösung der Frage herbeizuführen. Eine Annäherung Frankreichs an den in London vorgelegten italienischen Plan über die Reparationsfrage ist nicht unwahrscheinlich.

Keine Benzollieferungen an Italien.

Paris, 16. Jan. Zu der Meldung, daß die Reparationskommission am Mittwoch deutsche Delegierte über den Abschluß eines Vertrages mit Italien über Benzollieferungen hören wolle, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die deutsche Regierung darauf verzichtet, Vertreter zu diesen Verhandlungen über Benzollieferungen nach Paris zu entsenden und daß sie sich lediglich auf ihre vor einigen Monaten abgegebene schriftliche Erklärung bezieht, wonach sie über das von Frankreich in Anspruch genommene Quantum hinaus vorerst keine Benzollieferungen machen kann.

Französisch-italienische Meinungsverschiedenheiten.

London, 16. Jan. Der Pariser Berichterstatter der „Sunday Times" meldet, daß der wirkliche Grund für die Hinausschiebung des Zeitpunktes der nächsten deutschen Reparationszahlung auf den 31. Januar die Meinungsverschiedenheit sei, die zwischen den Ansichten Frankreichs und Italiens über die Politik herrsche, die gegenüber Deutschland zu befolgen sei.

Deutscher Reichstag

Berlin, 16. Jan. Die Sitzung wird um 2.25 Uhr eröffnet. Am Regierungstisch Reichswirtschaftsminister Dr. Becker.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Kommunisten Höllein, Remmele, Koenen, Fröhlich und der Sozialdemokraten Dr. Moses und Zubeil wegen der tumultarischen Vorgänge im Reichstagssitzungssaal am Tage der Ermordung Rathenaus wird nicht erteilt.

Der Auslieferungsvertrag mit der Tschechoslowakei wird in allen drei Lesungen genehmigt, nachdem Abg. Dr. Levy eine Definition des Begriffes „politisches Delikt" für die Zukunft verlangt hatte.

Der Gesetzentwurf über die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen wird angenommen; ebenso die Vorlage zur Aenderung des Weingesetzes, die näheren Bestimmungen über den Gebrauch geographischer Bezeichnungen für Getränke.

Es folgt die 1. Beratung einer Vorlage zur Aenderung des Gesetzes über

Maßnahmen gegen die Notlage der Presse.

Nach der Vorlage soll die halbprozentige Abgabe bei Holzverkäufen im Walde zugunsten der Rückvergütungen auf 1½ Prozent erhöht werden.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.) erklärt, daß bei der weiteren Steigerung der Papierpreise die Zeit nicht mehr fern sein werde, wo es nicht mehr möglich sei, überhaupt eine Zeitung aufrecht zu erhalten. Ein Waggon Papier, der im Frieden 2000 Mark kostete, ist jetzt nicht mehr unter 5 600 000 Mark zu haben. (Hört! hört!). Eine große Zeitung muß monatlich viele Millionen ausgeben. Der Papierpreis ist mehr gestiegen als der Roggenpreis und mehr als die meisten Rohstoffe. Der Redner begrüßt den Antrag Müller-Franken (Soz.), der einen Gesetzentwurf über die Beschaffung von Papierholz für Zeitungsdruckpapier darstellt. Danach sollen zur Versorgung der Tagespresse mit maschinengeglättem holzartigem Druckpapier vom 1. April d. J. monatlich 90 000 Raumeter Papierholz sichergestellt werden. Die monatliche Holzmenge soll auf die Länder entsprechend ihrem 41- bis 100jährigen Fichten- und Tannenbestand umgelegt werden. Die Länder haben zwei Drittel der Holzmenge zum Preise von 1000 Mark für das Raummeter geschältes oder von 840 ℳ für ungeschältes Holz, den Rest zu dem am Lieferungsort geltenden Holzdurchschnittspreis zu liefern, der jedoch 1500 bis 2100 nicht übersteigen darf. Leider hat der Reichsrat die Erhöhung der Holzabgabe abgelehnt.

Abg. **Dr. Kölz** (Dem.) betont, daß es sich bei der Not der Presse um gewaltige staatspolitische Gefahren handle. Die Haltung des Reichsrats sei sehr bedauerlich. Die Holzabgabe sollte auf 3 Prozent erhöht werden.

Abg. **Dr. Piper** (D. Volksp.) verweist auf die ungeheure Not der Zeitungsverleger. Leider hätten viele Länder auf die hohen Holzpreise einen ungeheueren Luxus in der Verwaltung aufgebaut. In Mecklenburg habe man für vier bis fünf Zeitungen einen eigenen Pressechef.

Abg. **Bruhn** (D.N.V.) bedauert die Haltung des Reichsrates, die revidiert werden müsse.

Auf Antrag der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums wird fast einstimmig beschlossen, die Holzabgabe auf 2 Prozent zu erhöhen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung einer Kulturabgabe für Holz wird an den Ausschuß verwiesen, ebenso ein Deutschnationaler Antrag, der auch für die religiösen Sonntagsblätter Berücksichtigung will.

In dieser Fassung wird das Pressenotgesetz dann in allen drei Lesungen angenommen. Es tritt rückwirkend ab 1. Januar in Kraft.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, nachmittag 2 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Anträge. Schluß gegen 4 Uhr.

Deutsches Reich

Weitere Erhöhung der Getreidepreise.

Berlin, 16. Jan. (Drahtber.) Wie die „Voss. Zeitung" mitteilt, mußten infolge der Preiserhöhung, die besonders wegen des starken Falles der Mark für das Auslandsgetreide notwendig wurde, die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle erhöht werden. Es kostet daher vom 15. Januar eine Tonne Roggen 197 000 Mk., eine Tonne Weizen 212 000 Mk. Dementsprechend beträgt der Preis für den Doppelzentner Roggenmehl 27 000 Mk. und für den Doppelzentner Weizenmehl 29 000 Mk. Da auch die Kosten des Getreidevermahlens, für die Frachten, sowie die Kosten beim Verpacken und Verkauf des Mehls gestiegen sind, glaubt das Blatt mit einer nahe bevorstehenden weiteren starken Preiserhöhung für Brot rechnen zu müssen.

Die Stellungnahme des Reiches und Preußens für ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter im Ruhrgebiet.

Berlin, 16. Jan. Der unter Verletzung des Versailler Vertrages erfolgte Einmarsch der Franzosen und Belgier verschärft die wirtschaftliche Lage und damit die Lebenshaltung in den betr. Ortschaften in der empfindlichsten Weise. Die Regierungen des Reiches und von Preußen haben daher ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern zur Linderung der geschaffenen Not eine Zulage zu ihren Bezügen, Vergütungen und Löhnen bewilligt, deren Auszahlung alsbald erfolgt.

Eine Mahnung an die Landwirtschaft.

Berlin, 16. Jan. Wie mehrere Blätter aus Stettin melden, erklärte bei einem Begrüßungsabend der pommerschen Landwirte der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer Freiherr von Wangenheim in einer Rede u. a.: Die Lage unserer Brotfruchtversorgung bis zur nächsten Ernte liegt völlig im Dunkeln. Ich richte an meine Berufskollegen die dringende Mahnung, zu der heutigen Reichsregierung Vertrauen zu haben und abzuliefern, was sie abliefern sollen. Liefern Sie so schnell wie möglich ab und setzen Sie die Reichsregierung in die Lage, rechtzeitig einzugreifen, um zu verhindern, daß das Volk eines Tages vor der Hungersnot steht. Der Redner teilte noch mit, daß zwischen Industrie, Gewerkschaften und Landwirtschaft Verhandlungen stattfinden, die hoffentlich zu einer Einigung führen werden.

Der Postsparkommissar.

Berlin, 15. Jan Um die von der Reichspost und der Telegraphenverwaltung beabsichtigten Sparmaßnahmen einheitlich in sämtlichen Oberpostdirektionen durchzuführen, ernannte der Reichspostminister den Ministerialrat im Reichspostministerium Sauter zum besonderen Sparkommissar. Die Aufgaben des Postsparkommissars sollen Hand in Hand mit dem Reichssparkommissar Dr. Sämisch durchgeführt werden.

Hamburg jetzt Sitz der Hugo Stinnes-Gesellschaft.

Berlin, 16. Jan. (Drahtber.) Nach einer Meldung des Tageblatt ist heute in das Hamburger Handelsregister eingetragen worden, daß die Hamburger Zweigniederlassung der Hugo Stinnes-Gesellschaft zum Sitz der Gesellschaft bestimmt worden ist. Bisher war der Sitz der Gesellschaft Mühlheim an der Ruhr.

Amerikareise des Grafen Lerchenfeld.

w. **München,** 16. Jan. (Drahtber.) Wie die Corr. Hoffmann erfährt, wird der frühere bayr. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld sich am 1. Februar nach Nordamerika einschiffen, um dort auf Einladung des Wohltätigkeitskomitees, dessen Vorsitzender General Dengler ist, in einer Reihe von Städten Vorträge über das Leben in Deutschland zu halten.

Die Lage in Memel.

w. **Königsberg,** 16. Jan. (Drahtber.) Die Fernsprechverbindung mit Memel wurde heute wieder hergestellt. Ueber Memel ist nach Nachrichten von dort der Ausnahmezustand verhängt worden. Die Presse wurde unter Zensur gestellt. Die Franzosen befinden sich noch in der Kaserne. Die Litauer stehen am Eisenbahnübergang vor der Kaserne. Es herrscht jedoch vollkommene Waffenruhe. Bei dem Kampf um die Präfektur sollen zwei Franzosen und ein Litauer getötet worden sein, außerdem fielen zwei Litauer beim Einmarsch. Oberbürgermeister Grabow wurde gestern abend festgenommen. Ob er inzwischen wieder in Freiheit gesetzt worden ist, ist noch nicht bekannt. Alliierte Kriegsschiffe sind bis jetzt noch nicht eingetroffen.

Die Lage in Ostpreußen.

Königsberg, 16. Jan. In einer amtlichen Bekanntmachung des Oberpräsidiums wird betont, daß die Lage zu außergewöhnlichen Maßnahmen für Ostpreußen zurzeit keine Veranlassung gebe.

Verschiedene Drahtmeldungen

Internationaler katholischer Kongreß.

Konstanz, 16. Jan. Hier findet Anfang August d. J. der 3. internationale katholische Kongreß statt.

Große Nachfrage nach englischer Kohle.

London, 15. Jan. Reuter meldet: Die Besetzung des Ruhrgebietes führt andauernd zu lebhafterer Tätigkeit in den britischen Kohlenzechen. Die Bestellungen von Frankreich, Amerika und Deutschland seien jetzt so groß geworden, daß die Bergwerksbesitzer sich für die Rückkehr zum Achtstundentag an Stelle des gegenwärtig geltenden Siebenstundentages einsetzen.

Immer wieder Kämpfe in Irland.

London, 16. Jan. Reuter meldet aus Dublin: Gestern abend wurde das Hauptquartier des irischen Befehlshabers und das Gebäude des „Freemans Journal" hier angegriffen unter heftiger Schießerei. Im Stadtzentrum wurden zahlreiche Bomben geworfen.

Bradbury unpäßlich.

London, 16. Jan. (Drahtber.) Laut „Daily Telegraph" muß Sir John Bradbury wegen einer leichten Unpäßlichkeit das Bett hüten.

Die Frage der Einwohnerwehren.

w. **München,** 16. Jan. (Drahtber.) Wie wir von maßgebender Stelle des Reiches, die aber der endgültigen Stellungnahme der Reichsregierung nicht vorgreifen will, erfahren, hat sich die Stellungnahme der Reichsregierung zur Frage der Einwohnerwehr in der letzten Zeit nicht geändert. Man ist aber der Meinung, daß es sich bei dieser Frage nicht nur um Frankreich handelt, sondern auch um England und daß es bedenklich wäre, in diesem Zeitpunkte neue Streitfragen aufzurühren. Damit würden nur den Franzosen für ihr System Waffen in die Hand gespielt.

Gerichtssaal

Karlsruher Schwurgericht.

t. **Karlsruhe,** 16. Jan. In der Vormittagssitzung des Schwurgerichts wurde der Landwirt Christian Rothfuß aus Rieblingen wegen Blutschande, Sittlichkeitsverbrechen nach § 174, § 175, § 176 Ziff. 3 zu zwei Jahren Gefängnis abzüglich vier Monate Untersuchungshaft verurteilt. Außerdem wurden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

In der Nachmittagssitzung stand der Möbelpacker Anton Günther aus Bruchsal wegen

Meineids

unter Anklage. Günther hatte von einem gewissen Rinkel eine Winde gekauft, von der er wissen sollte, daß sie gestohlen war. Einige Zeit früher hatte er aber eine aus reeller Quelle stammende Winde veräußert. Rinkel war dann vor dem Schöffengericht Bruchsal wegen jener gestohlenen Winde angeklagt. Als Zeuge wurde auch der nunmehr angeklagte Günther gerufen. Dieser machte unter Eid falsche Angaben über den Ankauf der Winden. Die Geschworenen verneinten die Frage nach wissentlichem Falscheid bejahten aber die Frage nach fahrlässigem Falscheid. Der Staatsanwalt hatte auf Bejahung der ersten Frage, der Verteidiger auf Freispruch plädiert. Auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen verurteilte das Gericht den Angeklagten Günther zu einem Jahr Gefängnis abzüglich ein Monat Untersuchungshaft.

Wandlampe hatte liegen lassen, fand, benutzte Thoma dieses Blech, um mit der Radiernadel einen Kopf darauf zu kratzen. Das war der Beginn der Arbeit Thomas auf diesem Gebiet.

Als ich in diesen Tagen unerwartet bei dem Meister eintrat, um ihm unter dem frischen Eindruck des Beringerschen Buches meine Verehrung zu bezeugen, fand ich ihn mit der Kaltnadel über ein Stück Zinkblech gebeugt, in das er zwei Symbole geschnitten, die über seinem Leben stehen: der Christuskopf mit der Dornenkrone das eine, eine die Ewigkeit darstellende Schlange das andere.

Mögen dem greisen Künstler noch Jahre beschieden sein, in denen er den Stift mit gleicher Kraft des Auges und der Hand zu führen versteht, dann wird ein Herzenswunsch vieler Tausender in Erfüllung gehen, die von diesem Menschen und Künstler empfangen und genommen haben. —a.

Theater und Musik

Münchner Uraufführung. Im „Residenztheater", dem kleinen Hause der Nationalbühnen, gelangte „Der holländische Kaufmann" von Lion Feuchtwanger zur Uraufführung. Das Werk ist eine sehr fleißige Arbeit eines Mannes, der die dramatische Orthographie kennt. Sie erstrebt weite Perspektiven und hat große Ziele. Aber der Fleiß ist ebenso zu groß wie die Ziele zu weit gesteckt sind. Die Linie der Handlung ist zu reich an Verästelungen, als daß das Bild nicht verwirrend wirken müßte. Die erstrebte Darstellung großen menschlichen Formates und bedeutsamen kulturhistorischen Hintergrundes scheitert an dem Gestaltungsvermögen Feuchtwangers. — Im Mittelpunkt des Stückes steht der Holländer Daniel Raule, der Generaldirektor der brandenburgischen Seehandelskompagnie, ein weitschauender Geist, dessen Sehnsucht ist, Afrika wirtschaftlich zu erschließen. Siegreich bekämpft er den Widerstand seines älteren Bruders, dessen Interessen als Antiquitätenfreund rückwärts gerichtet sind, und der schwerfälligen, krämerhaften Sozietäre. Doch — sein erster Anlauf scheitert, da ein Krieg seine Pläne durchkreuzt. Vor allem aber scheitert er an den Dingen und Taten, die in den sentimentalen Bezirken seiner Seele ihre Triebfeder haben: in der Liebe zu dem Jüngling Henning und dem zigeunerhaften Mädchen Tei. Hieran aber scheitert auch Feuchtwanger, dem es nicht gelingt, die tieferen Wurzeln dieser Liebe zu dem Jüngling glaubhaft zu machen, noch uns davon zu überzeugen, daß Daniels Neigung zum Teil mehr ist als erotische Spielerei, so viel, daß Teis schließlicher Verlust für ihn zur inneren Katastrophe wird, auch als ein äußerer Wiederaufstieg ihm die spätere Erfüllung seines Afrikawunsches wieder in Aussicht bringt. Verwirrend zumal ist die Gestalt und die Entwicklung Hennings. Dieser Jüngling, Träger des größten Vertrauens, handelt, aus Ehrgeiz und wohl auch aus Eifersucht, eigenmächtig den Plänen Daniels zuwider und verhindert den Abschluß des Vertrages, der die fernen Schiffe der Kompagnie für den Kriegsfall gesichert hätte. — Dieses Schauspiel ist ein Stück Strebens und Ringens, aber es fehlt ihm der große Zauber der Poesie. Darum vermag es nicht zu packen und zu rühren, läßt kalt, obwohl fast jeder Satz einen Hinweis auf den heißen Erdteil Afrikas enthält. Auch stehen die Menschen, die in der Handlung doch sehr innig und schicksalwirkend miteinander verknüpft sind, merkwürdig isoliert da. Die Sprache erstrebt äußerste Prägnanz, ohne in expressionistische Mätzchen zu verfallen. Einzelne Perioden moderner Konversation stören ebenso wie einige Anachronismen: Der „Schattenriß" des Fräulein Tei gehört ebenso wenig ins siebzehnte Jahrhundert wie die Bezeichnung „Fräulein" einem Barock-Mädchen niederen Standes. Die Aufführung folgte den Weisungen des Verfassers. Ihr „Hell-Dunkel" zeigte sich auch im Tone, der grelle Lautheit mit Flüstern abwechseln ließ. Der Beifall war dünn, aber ausdauernd, so daß Feuchtwanger am Schlusse mit Darstellern und Regisseur Stieler vor die Rampe treten konnte. **Richard Rietz.**

Ernst Tollers Drama „Die Maschinenstürmer" gelangte am Theater „Revolution" in Moskau in russischer Sprache in der Inszenierung des Regisseurs Repnin mit starkem Erfolg zur Aufführung.

Kunst und Wissenschaft

Badischer Kunstverein. Vom 16. Januar bis 15. Februar Ausstellung von Werken: Emil Berry, K. Brutzer, Ferd. Dörr, Karlsruhe, Herm. Dumler, Frankfurt a. M., Alb. Haug, H. Hausamann, Karlsruhe, K. Herrmann, Heidelberg, A. W. Hofmann, Karlsruhe, W. Huppert, Hel. Kasten, Stuttgart, G. Kullrich, Karlsruhe, H. Kupferschmid, Lilli Martins, Kiel, A. Schneller, Karlsruhe, Prof. W. Volz, D. Volz-Strebinger, K. Wolfsberger, Müllheim.

Der Karlsruher Maler Willi Münch, der seit einigen Jahren am Bodensee lebt, hat zur Zeit, wie wir der „La Plata-Zeitung" entnehmen, in Buenos-Aires eine Ausstellung seiner Radierungen veranstaltet.

Eine Ausstellung amtlicher deutscher Graphik. Am letzten Sonntag wurde im Leipziger Grassi-Museum eine Ausstellung des Bundes Deutscher Gebrauchsgraphiker eröffnet. Auf ihr zeigt der Reichskunstwart Dr. von Edwin Redslob zum ersten Male eine kleine Auswahl der amtlichen Graphik, für die er die Verantwortung trägt. Indem er für verschiedene stark ausgeprägte Künstlerindividualitäten als Auftraggeber auftrat, suchte er ihre Leistungen auf einen sachlichen Nenner zu bringen und den Drucksachen des Reiches mit ihrer Hilfe eine bescheidene, aber vornehme Note zu geben. Da ist z. B. Siegmund von Weech in München mit den neuen Stempeln und Siegeln des Reiches, der Schriftkünstler Rudolf Koch-Offenbach, mit seinen Amtsschilderentwürfen, der Architekt Otto Firle-Berlin, der die neuen Aufgaben zu technischer Verwendung bringt, mit den neuen Eisenbahnadlern. Ganz neu erscheinen leicht übersehene und doch so wichtige Dinge wie die Reisepässe, bei denen auf dem Deckel und in der Grundierung der Paßblätter der Adler Weechs verwertet ist und bei denen die Schrift zum ersten Male klar und übersichtlich geordnet erscheint. Vorzüglich steht auch die „Verfassung des Deutschen Reiches" in ihrem grauen Umschlag mit dem Kochschen Adler in Fraktur gedruckt aus, die nun den Schülern und Schülerinnen bei der Schulentlassung ausgehändigt wird.

Ausstellung neuer deutscher Kunst in Nordamerika. In Berlin ist jetzt eine Ausstellung neuer deutscher Kunst vorbereitet worden, die in den Vereinigten Staaten gezeigt werden soll. Die Veranstaltung wird von Dr. W. R. Valentiner organisiert, der vor dem Kriege Direktor des Metropolitan-Museums in New-York war und jetzt das neue Museum von Detroit in Deutschland vertritt. Er will mit der Ausstellung den Amerikanern einen Ueberblick über das neue Kunstschaffen in Deutschland bieten, wobei insbesondere die nachimpressionistische Malerei im Vordergrund steht. Die Ausstellung wird bereits in nächster Zeit in New-York eröffnet werden.

Kommerzienrat Carl Paul Goerz, der Begründer der optischen Anstalt C. P. Goerz A.-G. in Friedenau-Berlin ist gestorben.

Dem Reichskohlenkommissar Stutz wurde auf einstimmigen Beschluß vom Rektor und Senat der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg der Titel eines Dr. ing. ehrenhalber verliehen.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs.

Wir erhalten folgende Zuschrift von städtischer Seite:

Die radikalste Betriebseinschränkung ist die Einstellung des Betriebs überhaupt. Für Karlsruhe kann eine solche Radikalkur nicht in Frage kommen; sie wäre eine Dr. Eisenbart-Kur an der ganzen Wirtschaft der Stadt Karlsruhe. Ihre sicherste Wirkung wäre die völlige Vernichtung jeder Einnahme, dagegen hätte sie keinesfalls den Erfolg der Verminderung der ungedeckten Ausgaben. Bei der Straßenbahn sind nämlich 387 Personen angestellt, die nach Gesetz (Gem.O. § 71 Abs. 5) und Ortssatzung überhaupt nicht entlassen werden können. Ihre derzeitigen Gehaltsbezüge sind auf mindestens 387 000 000 ℳ anzusetzen. Diese Leute aber in anderen städtischen Betrieben unterzubringen, ist, von Ausnahmen abgesehen, ohne eine überflüssige Belastung unmöglich, ganz abgesehen davon, daß viele der in Betracht kommenden Beamten die Vorbildung nicht besitzen, die die Ausfüllung einzelner Stellen erfordert. Und nun stelle man sich die Stadt Karlsruhe in ihrer heutigen Ausdehnung ohne das Verkehrsmittel der Straßenbahn vor. Welch ungeheure Störung der Gesamtwirtschaft der Stadt wäre die Folge; Mag die völlige Einstellung des Betriebes für kleinere Städte nur den Verzicht auf Annehmlichkeit bedeuten, für das heutige Karlsruhe mit seinem glücklicherweise stark gehobenen Geschäftsleben wäre sie, zumal bei der durch die Wohnungsnot verursachten Unmöglichkeit der Anpassung des Wohnorts an den Beschäftigungsort, eine in ihren Folgen gar nicht auszudenkende Katastrophe.

Dagegen ist dem Gedanken der Betriebseinschränkung insoweit beizutreten, als Strecken, die völlig unrentabel sind, auf denen also durch das Verhalten der Bevölkerung selbst das Fehlen eines absoluten Bedürfnisses nachgewiesen ist, nicht mehr gefahren werden dürfen, und daß im übrigen die Häufigkeit der Fahrgelegenheit und ihre Ausstattung dem sich durch fortgesetzte Zählungen festzustellenden, nach verschiedenen Tageszeiten oft so verschiedenen Bedürfnis angepaßt werden muß. (Nebenebi bemerkt verbietet die bekanntlich stoßweise auftretende Verkehrsdichte die Durchführung des gelegentlich empfohlenen regelmäßigen Schichtenbetriebs.) Tatsächlich ist aber diese Anpassung an das Verkehrsbedürfnis mit der Wirkung erheblicher Einschränkungen und Ersparungen in Karlsruhe durchgeführt worden. Nach Durchführung der bekanntgegebenen weiteren Einschränkungen und im Gange befindlichen entsprechenden Personalkündigungen werden noch 527 Personen bei der Straßenbahn beschäftigt sein.

Gefühlsmäßig plausibler und wohl auch in der öffentlichen Meinung verbreiteter ist die Auffassung, daß die Unterlassung der Tariferhöhung oder gar eine Tarifverbilligung eine solche Steigerung der Benutzung der Straßenbahn zur Folge haben werde, daß dadurch höhere Einnahmen erzielt würden als durch die fortgesetzten Tariferhöhungen. Indes vermag auch diese Meinung einer kritischen Betrachtung nicht Stand zu halten. Zwar ist zuzugeben, daß fast jede Tariferhöhung eine Abwanderung gebracht hat, die, wenn auch regelmäßig allmählich eine Erholung eintrat, doch nicht ganz wieder ausgeglichen worden ist. Beispielsweise beträgt die Abwanderung seit Juni bis Jahresschluß etwa 30 %. Wäre sie nicht eingetreten, so würden die in dieser Zeit durchgeführten Tariferhöhungen ein Defizit der Straßenbahn vermieden haben. Mit alleiniger Ausnahme der letzten Tariferhöhungen haben alle Tariferhöhungen der vergangenen zwei Jahre eine absolute Vermehrung der Einnahmen gebracht. Es betragen beispielsweise die Tageseinnahmen aus den maßgebenden Einnahmequellen des Barverkehrs und Heftcherverkaufs

Zeit	Tarif ℳ	Steigerung %	Einnahme ℳ	Steigerung %
1. 7. 22—31. 7. 22	4.—	—	200 200	—
1. 8. 22—22. 8. 22	5.—	25	222 500	11,1
23. 8. 22—20. 9. 22	8.—	100	353 260	76,5
21. 9. 22—30. 9. 22	10.—	150	564 570	182
1. 10. 22—11. 11. 22	15.—	225	584 500	192
12. 11. 22—25. 11. 22	20.—	400	755 890	277
26. 11. 22—16. 12. 22	30.—	650	1 393 500	596
16. 12. 22—28. 12. 22	50.—	1150	1 294 700	546

Daß bei dem derzeitigen Tarif diese Erhöhung bisher nicht eingetreten ist, hat seinen Grund in der am Ende der vorletzten Periode infolge der bevorstehenden, bei den Heftchen besonders starken Preiserhöhung (von 220 ℳ auf 400 ℳ) beobachteten überaus heftigen Einhamsterung von Heftchen (für etwa 7 Millionen Mark), die in der kurzen Zeit des Bestehens des letzten Dezembertarifs (seit 16. 12.) sich noch nicht voll hat erschöpfen können. Es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß im Barverkehr eine Abwanderung nicht eingetreten ist. Die Steigerung der täglichen Einnahmen aus dem Barverkehr in der Zeit vom 16. bis 26. Dezember gegenüber der vorhergehenden Tarifperiode ist ungefähr die gleiche wie die des Tarifs (914 000 ℳ bei 50 ℳ-Tarif gegen 549 000 ℳ bei 30 ℳ-Tarif).

Bezeichnenderweise hat gerade die längste Tarifperiode vom 1. 10. 22 bis 11. 11. 22, die so ausgedehnt wurde, um einmal die Probe auf die Richtigkeit der Behauptung von der Einnahmevermehrung durch Unterlassung der Tariferhöhung zu machen, die geringste Einnahmesteigerung gebracht. In der Tat muß es ja auch einleuchten, daß, wenn von Mai bis Dezember die Ausgaben aufs 17 fache gestiegen sind, eine Vermehrung der Frequenz im gleichen Maßstabe, wie sie zur Vermeidung einer Verschärfung des Mißverhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben ohne Tariferhöhung erforderlich wäre, außer dem Bereich aller Möglichkeit liegt.

Wie soll nun aber der Ausgleich zwischen den gestiegenen Ausgaben und Einnahmen hergestellt werden? Nach dem Stande von Ende Dezember 1922 sind die Ausgaben der Straßenbahn auf das 1000 fache des Friedenssatzes gestiegen. Unter Berücksichtigung der Ersparungen sind die derzeitigen täglichen Ausgaben auf 3 290 000 ℳ zu veranschlagen. Bis Ende September 1922 ist der Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen einigermaßen gelungen. Der Fehlbetrag auf 1. Oktober 1922 betrug zwar 7,8 Millionen Mark; er ist aber einzig und allein dadurch verursacht worden, daß Ende September eine auf 1. September zurückwirkende Gehaltsregelung vom Reiche beschlossen worden ist, die für den September eine nachträgliche und deshalb durch Tariferhöhung nicht mehr wettzumachende Mehrausgabe von 7,5 Millionen Mark brachte. Die angewendeten Mittel des Ausgleichs waren Tariferhöhungen und Anpassung des Straßenbahnbetriebs an das verminderte Bedürfnis. Seit dem 1. Oktober haben sich nun allerdings die Verhältnisse der Straßenbahn katastrophal verschlimmert. Bis Ende Dezember ist der Fehlbetrag auf ein Mehrfaches der Septembersumme angewachsen. Der Grund liegt offen zutage; es war die Unmöglichkeit, in Tariferhöhungen und Betriebseinschränkungen mit dem beispiellosen Fortschreiten der Teuerung gleichen Schritt zu halten. Hinsichtlich der Tariferhöhungen muß man vor allen Dingen beachten, daß sich gerade in diesen Perioden Gehalts- und Lohnerhöhungen mit rückwirkender Kraft in immer steigenden Beträgen mehrfach wiederholt haben; Ereignisse, denen gegenüber jede Tarifpolitik machtlos ist. Sodann aber hat die Scheu vor zu großer Abwanderung davon abgehalten, die Tariferhöhungen in der Höhe und mit der Beschleunigung aufeinander folgen zu lassen, wie es der Steigerung der Ausgaben entsprochen hätte. Aus dieser Feststellung kann wohl kaum ein Vorwurf gegen die verantwortlichen Stellen abgeleitet werden. Selbst rückschauend läßt sich keineswegs mit Sicherheit sagen, ob ein anderes Verfahren den beabsichtigten Erfolg gehabt hätte. Jedenfalls war, solange nicht der Versuch mit den Wirkungen eines längeren Zuwartens einmal gemacht worden war, ein einigermaßen sicheres Urteil über den Erfolg nicht zu gewinnen. Daß nun die, dieser Absicht zuzuschreibende verhältnismäßig lange Tarifperiode vom 1. 10. 22 bis 12. 11. 22 die erwartete Verkehrssteigerung nicht gebracht hat, enttäuscht wohl niemanden mehr als die öffentliche Meinung, die den Tariferhöhungen durchaus abhold ist.

Daß aber andererseits die zum Ausgleich der Abwanderung nötigen Betriebseinschränkungen den sie verursachenden Teuerungswellen nicht auf dem Fuße folgen können, ist wohl ohne weiteres einleuchtend. Bevor man sie vornimmt, bedarf es genauer Beobachtung, in welchem Umfange sich das Verkehrsbedürfnis vermindert hat und ob diese Minderung eine dauernde ist. Die Uebersicht wird erschwert nicht nur durch die Einflüsse der Witterung auf die Straßenbahnfrequenz, sondern auch durch die unmittelbar vor Einführung eines erhöhten Tarifs einsetzende Hamsterei von Fahrscheinheften, die regelmäßig nach Eintritt eines neuen Tarifs ein scharfes Fallen der Einnahmen zur Folge hat, ohne daß dem ein Frequenzrückgang zu entsprechen braucht. Trotzdem sind gerade in der Periode vom 1. 10. 22 bis 12. 11. 22 die einschneidensten Verkehrseinschränkungen beschlossen worden. Die seit 1. Oktober ausgesprochenen Kündigungen, die sich übrigens auf fast alle Sparten einschließlich der inneren Verwaltung beziehen, erreichen die Zahl 106. Ihre finanzielle Auswirkung wird zum Teil freilich wegen der nach gesetzlicher Vorschrift (G.O.) einzuhaltenden Kündigungsfrist von einem Vierteljahr erst später wirksam werden.

Nun ist aber auf die Dauer ein Defizit der Straßenbahn wie das derzeitige von mindestens 15 Millionen Mark im Monat einfach unerträglich. Es kommt hinzu, daß für den Januar neue Ausgaben-Mehrungen bevorstehen. Es haben nämlich die Arbeiter der Stadt Lohnforderungen eingereicht, die für das Jahr einen Mehraufwand von über 1½ Milliarden bedeuten würden. Unter solchen Umständen muß es für jedermann verständlich sein, daß man neben den energisch fortzusetzenden Versuchen, die Ausgaben zu vermindern, mit der fortschreitenden Teuerung auch die Tarife erhöht, solange diese Tariferhöhung einen Erfolg verspricht. Der zurzeit in Geltung befindliche 80 ℳ-Tarif ist so gewählt, daß er unter der Annahme einer durch ihn veranlaßten Abwanderung von 10 % im Beharrungszustand rechnungsmäßig einen Ausgleich zwischen Einnahmen und den heutigen Ausgaben bringen kann.

Ob dieser Erfolg in Wirklichkeit eintreten wird, hängt ganz von dem Verhalten des Publikums gegenüber der Straßenbahn ab. Die bisherigen Tariferhöhungen haben namhafte Steigerungen der Einnahmen gebracht. Auch von dem neuen Tarif muß man dies erwarten und zwar aus dem einfachen Grunde, weil auch er von den Fahrgästen nur ein bescheidenes Aequivalent für die Leistung der Straßenbahn verlangt. Ein Bartarif von 80 ℳ bedeutet selbst für Kurzfahrten (2 Teilstrecken) nur das 800fache, für Fahrten bis zu 5 Teilstrecken dagegen das 533 fache des Friedenspreises, der 10 Pfg. bezw. 15 Pfg. betrug, während die Ausgaben der Straßenbahn im ganzen aufs 1000 fache des Friedensbetrags gestiegen sind. Bedient man sich gar eines Heftchens, mit dem Kurzfahrten zu 41,6 ℳ und Weitfahrten (bis zu 5 Teilstrecken) zu 58,3 ℳ ausgeführt werden können, so zahlt man nur das 462 fache bezw. 416 fache des Friedenspreises der Fahrscheinhefte. Aber auch im Verhältnis zu sonstigen Lebensbedürfnissen ist die Steigerung der Fahrkosten der Straßenbahn durchaus mäßig. Nahe liegt der Vergleich mit den Stiefelsohlen, die ja derjenige abläuft, der die Straßenbahn meidet. Für sie bezahlt man heute mindestens das 1600 fache des Friedenspreises. Der Arbeiter aber, dem der Straßenbahntarif im Verhältnis zu seinem Einkommen zu hoch erscheint, mag sich folgende Berechnung anstellen: In Friedenszeiten konnte er mit einem Stundenlohn von 40 Pfg. vier Kurzfahrten und 3½ Weitfahrten ausführen. Heute reicht der entsprechende Stundenlohn von mindestens 360 ℳ beim Bartarif zu 4½ Fahrten bis zu 5 Teilstrecken aus und bei Benützung der Fahrscheinhefte kann er sogar sechs Fahrten bis zu 5 Teilstrecken mit einem Stundenlohn ausführen. Wer von der Straßenbahn mehr fordert, stellt sich außerhalb der Wirklichkeit und übersieht, daß die Straßenbahn genau so der Unerbittlichkeit der großen Zahlen unterliegt, wie jedes andere Unternehmen. Das Beispiel der Reichsbahn, das man gewöhnlich zum Beweise des Gegenteils anführt, ist nicht stichhaltig, weil die Reichsbahn ihr Defizit in der Personenbeförderung bekanntlich auf die Gütertarife schlägt — eine Maßnahme, die bei der Straßenbahn natürlich nicht möglich ist. Im Verhältnis zu anderen Straßenbahnen ist unser Karlsruher Tarif keineswegs hoch; mag Karlsruhe auch mit dem Bartarif von 80 ℳ einigen Städten um ein paar Tage vorausgeeilt sein (daß sie in kurzer Frist nachkommen werden, ist gewiß), so kann man doch füglich behaupten, daß die einheimische Bevölkerung bei Benützung von Fahrscheinheften kaum irgendwo so billig fährt, wie in Karlsruhe. Gerade die Erwägung, daß die Fahrscheinhefte für die Einheimischen die regelmäßige Form der Benützung der Straßenbahn sein sollten, hat übrigens die zuständigen Stellen immer wieder dazu bestimmt, die Tarife für die Fahrschienhefte so nieder wie möglich zu halten und dabei, um die Kurzfahrer anzuziehen, den Unterschied zwischen Kurz- und Weitfahrten deutlich in die Erscheinung treten zu lassen. Auch bei der jetzigen Tarifregelung ist ja die Verbilligung der Hefte gegenüber dem Bartarif besonders stark — sie beträgt nahezu 50 %. Die demnächst zur Ausgabe gelangenden Heftchen mit 6 Scheinen sollen die Benützung derselben noch mehr erleichtern. Der immer wieder gemachte Vorschlag, auch im Bartarif den Unterschied zwischen Kurz- und Weitfahrten gelten zu lassen, würde den Verzicht auf die entsprechenden Mehreinnahmen aus dem Fremdenverkehr bedeuten, und andererseits nach der Ueberzeugung der städtischen Kollegien, die diesen Gegenstand schon dutzendmal beraten haben, eine Steigerung der Frequenz durch Gewinnung von Kurzfahrern, denen ja die billigen Heftchen zur Verfügung stehen, nicht bringen.

Die Lage der Straßenbahn und die sie betreffenden Maßnahmen der Stadtverwaltung dem Verständnis der Bevölkerung näher zu bringen, ist der Zweck dieser Zeilen. Bei ihr liegt letzten Endes die Entscheidung über das Schicksal der Straßenbahn. Ist sie bereit, der Straßenbahn durch häufige Benutzung das zu geben, was sie zu ihrer Existenz braucht, so wird deren Erhaltung gesichert sein Im anderen Falle droht ihr das Schicksal ihrer Schwestern in andern Städten.

Briefkasten

L. L. Kronenstraße, Ecke Schloßplatz, östliche Seite, Eingang Schloßplatz, 1. Stock.

Gegen **Schwächezustände, Nervenstörungen, sex. Neurasthenie** zeitigt **SATYRIN**, das Yohimbin-Hormon-Präparat der Akt.-Ges. Hormona Düsseldorf-Grafenberg, nachweislich überraschende Erfolge! Zahlr. ärztl. Anerkennungen. Prospekte gratis! Erhältlich in Apotheken! Stets vorrätig in Karlsruhe: **Internationale Apotheke**, Kaiserstr. 80 **Kronen-Apotheke**, Zähringerstr. 43

Wohnungstausch

Wohnungstausch. Gegen mod. neuhergericht. 6 Zimmerwohnung m. Abh. in sonn. Südwestlage gesucht entsprechende 8—10 Zimmerwohn od. Einfamilienhaus. Umzug wird bezahlt. Angebote unter Nr. 3488 ins Tagblattbüro erbeten.

Lagerraum nähe Güterbahnhof, evtl. Laden mit anstoßendem Zimmer für Lagerzwecke geeignet geg. gute Bezahlung mögl. sofort zu mieten gesucht. **Josef Haber,** Papiergroßhandlung.

Zimmer

Gut möbl. Zim. (Zentr.), Bett u. Bettwäsche wird gestellt. Angeb. u. Nr. 3491 ins Tagblattbüro erbet.

Möbl. Zimmer für Mädchen ges. Tags unbenützt. Angeb. unt. Nr 3473 ins Tagblatt

Elegant möbliertes **Wohn- u. Schlafzimmer** möglichst im Zentrum, von jungem Kaufmann gegen gute Bezahlung sofort gesucht. Angebote unter Nr. 3494 ins Tagblattbüro erbeten.

Möbl. Zimmer von sol. Arbeit. ges. Angebote u. Nr 3492 ins Tagblattbüro erbet.

Offene Stellen

Weg. Verheirat meiner **Köchin gut empfohl. Mädchen** auf Anf. Febr. bei zeitgem. Lohn gesucht. Zweitmädch. vorh. **Bär,** Rotkstr. 11. Nähe Karlstr.

Größere Wohnung

6—7 Zimmer zu mieten gesucht. Vordringlichkeitskarte vorhanden. Gefl. Angebote unter Nr. 3485 ins Tagblattbüro erbeten.

Erste Möbelfabrik

sucht zum Eintritt per 1. Febr. d. J. erstklassigen

Tapezier- und Polstermeister

der mit allen einschlägigen Arbeiten und vor allen Dingen mit der Herstellung feinster Polster- und Ledermöbel bestens vertraut ist. Bevorzugt werden Herren mit mehrjähriger Tätigkeit in ersten Möbelfirmen. Gefällige Angebote mit Zeugnisabschriften, Referenzen und Lichtbild unter Nr. 3486 ins Tagblattbüro erbeten.

Bürofräulein oder Gehilfe gesucht. **Rechtsanwalt Dr. L. Weill,** Kaiserstraße 179.

Gesucht zum baldmöglichsten Eintritt für Küche und Haushalt ein durchaus perfektes **Mädchen** Zeit gemäßer Lohn und gute Behandlung zugesichert: Zu melden zwisch. 2 und 4 Uhr **Kriegsstr. 214, 2. Stock**

Sauberes Mädchen f. häusl. Arbeit. tagsüber gesucht. Tullastr. 72 III.

Gesucht tüchtiges **Hausmädchen** bei guter Bezahlung und Behandlung: Parkstraße 21, III.

Besseres Mädchen in allen Zweigen des Haushalts erfahren für kinderlos. Haushalt nach Pforzheim gesucht. Fabrikant **Brenner,** Pforzheim. Östl. Karlfriedrichstr. 76.

Stellen-Gesuche

Fräulein aus gut. Hause, perfekt im Haushalt, **sucht Stelle** als Stütze evtl. Mithilfe im Laden (Kenntnisse im Maschinenschreiben und Stenograph. vorhanden. Angebote unter Nr. 3496 ins Tagblattbüro erbet.

Männlich

Selbst. Handwerker 35 Jahre, Maler u. Tüncher sucht **Vertrauensposten** oder dauernde Beschäftigung in einer Fabrik. Näher. i. Tagblattbüro.

Jg. tücht. **Huf- u. Wagenschmied** sucht, zwecks weiterer Ausbild., dauernde Beschäft., Karlsr. u. Umg. bevorz. Ang. u. Nr. 3481 ins Tagblattbüro erbet.

Verloren u. gefunden

Montag abend in mein Geschäft zurückgeblieben. **Klein. weibl. Pinscher.** Abzuholen bei **Kissel.**

Wolfshund entlaufen. Aelt. Hund, rehfarben. Vor Ankauf wird gewarnt. Abzugeben geg. gute Belohnung **Dr. Woll,** Richard-Wagnerstraße 12.

Verkäufe

Bereits neues elegant. **Schlafzimmer** a. verk. Philippstr. 25 III. r.

Eich. Schlafzimmer neu zu verkauf. Brauerstraße 1 im Laden.

Gebr. Chaiselongue mit neuer Decke zu verkaufen: Putlitzstr. 18, II.

Neue **Woll- u. Seegrasmatratzen** billig zu verkauf. **Schieler,** Zähringerstr. 5.

4 Patentröste la. neu, je 16 000 ℳ, 1 vol. Bett 15 000 ℳ und 1 hochhäuptiges Bett mit Rost 28 000 ℳ abzugeben. **Birrenmeier,** Brauerstr. 5.

Herde, weiße u. schwarze, z. verk. **Vögele,** Grenzstr. 10.

Schöner Herd verkauft preisw. Schillerstr. 28, Hof.

2 gebr. **Herde** zu verk. Anzus. 10—12 Uhr: Rüppurrerstr. 23 a, 4. Stock.

Email-Herde Lackierte Herde Garantie für Brennen und Backen, kleine Herde f. Notwohnung, Gasherde, Waschkessel mit Feuerung billigst, **Teilzahlung gestattet. Reparaturen. Ersatzteile etc. Herdschiffe. Gartenstraße 10, Ph. Kranz.**

Eine Zwischenwand, neu, mit Füllung, 2,75 × 1,65 m, ist zu verkaufen Douglasstraße 26. Hof.

Herren- u. Damenrad von 75 000 ℳ an zu verkaufen. Schützenstr. 15.

Foxterrierhündin, schön gezeichnet, von Rüde mit la. Stammbaum gedeckt, preisw. zu verkauf. Südendstr. 21.

Kaufgesuche

Einfamilienhaus (Villa) von Privathand, mögl. bezugbar, sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 3483 ins Tagblattbüro erbeten.

Zu kaufen gesucht: Büfett, Vertiko, Schrank, Sofa, Kommode. Angeb. unter Nr. 3487 ins Tagblattbüro erbeten.

Ein gebrauchter aber noch gut erhalten. feuersicherer **Bücher- od. Geldschrank** sofort zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 3484 ins Tagblattbüro erbet.

Perser- und Smyrna-Teppiche in jeder Größe kauft fortwährend. Angebote mit Größe und Preis. **Karl Müller,** Klauprechtstraße 43. Telefon 3887.

Damenrad von Privat zu kaufen gesucht. Angeb. unter Nr. 3482 ins Tagblattbüro erbeten.

Gänselebern werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. **G. Meeß,** geb. Stürmer, Erbprinzenstr. 21, 2. St.

Gänselebern werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. **K. Möser,** Kreuzstr. 20, 2. Stock (Ecke Markgrafenstraße).

Platin-, Gold- u. Silber- Gegenstände kauft und zahlt den höchsten Tagespreis **Rudolf Barth,** Uhren u. Goldwaren **53 Kaiserstraße 53** gegenüber dem Eingang der Techn. Hochschule

Alt Papier - Alt Eisen sowie alle Sorten Felle und sämtliche Alt Metalle kauft zu höchsten Tagespreisen. Händler und Werkleute erhalten Vorzugspreise. **D. Turner,** Sofienstraße 65. Tel. 5426 u. 4316

Zahle bis auf weiteres für

altes Eisen	per kg.	40	ℳ
„ Zink	„ „	30	ℳ
„ Blei	„ „	200	ℳ
„ Messing	„ „	500	ℳ
„ Kupfer	„ „	800	ℳ
„ Papier	„ „	40	ℳ
alte Lumpen	„ „	50	ℳ
„ Wolle	„ „	200	ℳ
¾ Weinflaschen	„ St.	25	ℳ
Bordeauxflaschen	„ „	25	ℳ
Sektflaschen	„ „	30	ℳ

sowie alle Sorten **Felle** zu höchsten Tagespreisen **Rudolf Winterer,** Rohprodukte, Karlsruhe. Lager und Wohnung Waldhornstr. 37 (I. u. II. Hof).

Zahle die höchsten Preise am hiesigen Platze für **ausgegangene Frauenhaare.** Haarauskäufer u. Friseure erhalten Vorzugspreise. **Oskar Decker,** Haarhandlung, Kaiserstr. 32.

Gebrauchte Möbel sowie ganze **Haushaltungen** kauft die **Altmöbelstelle Gemeinnützige Haushaltsverwertung** Schloßplatz 13 Telefon 3204.

Waffen aller Art kauft **A. Göttcher,** Adlerstr. 40.

Kleider Schuhe Wäsche Pfandscheine Federnbetten Nähmaschinen Möbel kauft zu hohem Preis Frau **Pflüger,** Hirschstr. 31, III.

Gänse-Lebern kauft stets zu den allerhöchsten Preisen jedes Quantum **M. Karch,** Rintheimerstraße 2.

Großer Eisschrank, großer Füll-Ofen, Bade-Ofen, Kronleuchter gesucht. Angeb. u. Nr. 3498 ins Tagblattbüro erbet

Telefonzelle zu kaufen gesucht. **Caissin & Co.,** Zähringerstr. 8.

Gänse-Lebern kauft fortwährend zu höchsten Tagespreisen **A. Wenner,** Mühlburg, Hardtstr. 11.

Gänselebern kauft fortwährend zu den allerhöchsten Preisen. **Karl Pfefferle,** Erbprinzenstraße 23.

Bereise **periodisch** **Basel—Schweiz** übernehme **Aufträge** dorthin. **R. Weiß, Karlsruhe,** Durlacherstraße 103.

Schlüpfer, Uister, **Anzüge,** Gelegenheitskauf, sehr billig zu verk. **Glotzer,** Zähringerstraße 53 a.

Feuerfestes Kochgeschirr Kasserollen, Milchtöpfe, Kuchenformen, Schüsseln, Teekannen, Auflaufformen usw., sowie Bündelgeschirr, 6 Töpfe 950 ℳ, empfiehlt preiswert **Woldemar Schmidt,** Karl-Friedrichstraße 18.

Herren-Ueberzieher z. kauf. ges. Angeb. unt. Nr. 3495 i. Tagblattbüro.

Bettfedern:

	per kg
Hühnerfedern b.	ℳ 300.—
Hahnfedern	„ „ 800.—
Entenrupf	„ „ 1200.—
Gänserupf	„ „ 2500.—
Gänseflaum	„ „ 800.—
Gänsedaunenfed.	„ „ 800.—
Putenfedern	„ „ 800.—

zahlen und kaufen jedes Quantum **Lupoltausti & Cie.,** Zähringerstraße 28. **Ankaufstelle:** Marienstr. 13, 2. Hof. Tel. 1446

Felle aller Art: **Maulwurf-, Marder-, Iltis-, Fuchs-, Geißfelle.** Zahle die höchsten Tagespreise. **Leipziger Fellhaus Neger,** Karlsruhe, Waldhornstr. 62, II.

Kufeke Kinder-Krankenkost — Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Badischer Landtag

Aenderung des Bergwerkgesetzes. ← Die Not des Mittelstandes.

t. **Karlsruhe,** 16. Jan. Zu Beginn der um 5 Uhr wieder eröffneten Sitzung wurden Kurze Anfragen beantwortet. Auf eine solche von Zentrumsseite wurde mitgeteilt, daß beabsichtigt sei, die Bewegungsfreiheit der Sparkassen auszudehnen. — Auf eine Anfrage von deutschnationaler Seite über den Aufenthalt von Ausländern in den Wintersportplätzen des Schwarzwaldes wurde von dem Regierungsvertreter mitgeteilt, daß die Zahl der Ausländer keine übermäßig große sei und daß die von ihnen zu erhebenden Taxen stets der Geldentwertung angepaßt werden.

Der Eintritt des Postsekretärs Adolf Seebacher in Seckach als Nachfolger des verstorbenen Abg. Dr. Zehnter (Zetr.) entsprechend der Wahlvorschlagsliste wurde gebilligt. Der Präsident begrüßte das neue Mitglied des Hauses.

Im Folgenden begründete Abg. Dr. Kullmann (Soz.) namens des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung den Gesetzentwurf über die

Aenderung des Berggesetzes.

Von sozialdemokratischer Seite lag dazu ein Antrag auf Aufhebung der Bergbaufreiheit vor.

In der Aussprache erklärte sich Abg. Rüger (Ztr.) gegen den Antrag in seiner jetzigen Fassung und stellte einen anderen Antrag in Aussicht. — Abg. Dr. Mattes (D.V.) lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab. Abg. Bock (Komm.) erklärte die Ablehnung des Antrags als eine Verbeugung vor dem Unternehmertum. — Abg. Dr. Kullmann (Soz.) betonte in der nochmaligen Begründung seines Antrags, dieser laufe keineswegs darauf hinaus, die private Initiative zur Auffindung von Bodenschätzen zu unterbinden. — Abg. Dr. Schofer (Ztr.) gab der Ansicht Ausdruck, die Regierung sollte eine entsprechende Vorlage machen, zumal Auswüchse bei den Organisationen, die die Bodenschätze ausbeuten, leider nicht zu leugnn sind. — Abg. Dr. Glockner (Dem.) bezeichnete den sozialdemokratischen Antrag zu weitgehend. Man sollte die Regierung ersuchen, zu prüfen, ob am Grundsatz der Bergbaufreiheit etwas geändert werden soll.

Im folgenden wurde der von den Abgg. Rüger (Ztr.), Glockner (Dem.) und anderen unterschriebene Antrag bekannt gegeben, worin die Regierung ersucht wird, zu prüfen, ob nicht etwa die Bergbaufreiheit aufgehoben werden soll und ob man nicht das Verbaurecht einführen soll. — Die Abgg. Paasche (D.V. und Hanemann (D.N.) erklärten, diesem Antrag zustimmen zu können. — Bei der Abstimmung wurde das Gesetz einstimmig angenommen. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt. (Dafür stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten.) Dagegen wurde der Antrag Rüger-Glockner einstimmig angenommen.

Sodann begründete Abg. Freudenberg (Dem.) eine Förmliche Anfrage seiner Fraktion über die

Wirkung der Geldentwertung auf die freien Berufe.

In seinen Ausführungen legte er die vielfache Notlage in den Kreisen der Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler, Privatgelehrten und freien Schriftsteller dar und erklärte, es müsse etwas geschehen, ehe es zu spät sei. Es gehe nicht an, die Dinge so lange laufen zu lassen, bis diese Kreise erklären, wir sind nicht mehr in der Lage, uns versorgen zu können. Unter einem leiden vor allem die Aerzte, daß Gelder für geleistete Arbeit erst nach Wochen und Monaten bezahlt werden. Hier könnte vielleicht gesetzgeberisch eine Aenderung erwirkt werden. In der Behebung der Not der Kleinrentner müßten weniger bürokratische Wege beschritten werden.

Danach begründete Frau Abg. Richter (D.N.) ihre Förmliche Anfrage über die Notlage des Mittelstandes. Die Rednerin nahm sich dabei auch der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen an und sprach der Landwirtschaft für ihre Nothilfe Dank aus. An die Stelle der Bars und Likörstuben sollten Wärmestuben für die Armen treten; das wäre eine soziale Tat.

Hier wurde um ½8 Uhr abgebrochen. — Fortsetzung Mittwoch vormittag 9 Uhr.

Aus Baden

t. **Ettlingen,** 16. Jan. Nach einem Fußballspiel kam es zwischen einigen der Spieler zu einem Streit, in dessen Verlauf einer einen Revolverschuß abgab und dabei einen Burschen im Unterleib lebensgefährlich verletzte. Ein anderer Bursche erhielt einen Schuß in den Fuß. Die Kameraden des Angeschossenen stürzten sich auf den Revolverhelden und verprügelten ihn.

t. **Schwetzingen,** 16. Jan. Eine bekannte hiesige Persönlichkeit, Gemeinderat Alexander Spelger, ist im Alter von 80 Jahren gestorben. Drei Wahlperioden hindurch gehörte der Entschlafene dem Gemeinderat an und war auch stellvertretender Bürgermeister.

t. **Seckenheim,** 16. Jan. Am letzten Sonntag fand hier eine Versammlung des Vereins Badischer Pflanzenzüchter statt. Vor der öffentlichen Tagung fand eine Vorstandssitzung des Vereins statt mit der Beschlußfassung, die Hamburger Ausstellung zu beschicken, falls die Organe der Landwirtschaftspflege eine genügende Unterstützung gewährleisten. Ferner soll in diesem Jahr die Prämiierung der badischen Saatzuchtstellen durchgeführt werden und gegen eine Getreideumlage im neuen Jahr entschieden Stellung genommen werden. Ferner will sich der Verein grundsätzlich an allen in Baden stattfindenden Ausstellungen beteiligen. In der anschließend abgehaltenen öffentlichen Versammlung referierten Saatzuchtleiter Kaiser aus Hohenwettersbach, Oekonomierat Kuhn aus Heidelberg, Gutsbesitzer Kippenhahn aus Ritschweier und der Geschäftsführer des Vereins Buß aus Rastatt. Die Vorträge lieferten an Hand der praktisch erzielten Resultate unleugbar die Belege für die Notwendigkeit der Aufnahme der züchterischen Arbeiten. Die von der Badischen Landwirtschaftskammer für die Neuaufnahme weiterer Züchtungen gewährte Unterstützung wurde mit Genugtuung begrüßt, da sie auf die nutzbringendste Weise zugunsten der Allgemeinheit angewendet sei.

t. **Offenburg,** 16. Jan. In einer hier abgehaltenen Landesversammlung des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, zu der auch der Direktor des Landesgewerbeamts, Geh. Rat Cron, und Vertreter der Handwerkskammern erschienen waren, wurde einstimmig der bisherige Vizepräsident, Tapeziermeister Burkhard-Heidelberg (als Nachfolger Niederbühls) zum 1. Präsidenten und Stadtrat und Landtagsabgeordneter Fischer-Freiburg zum 2. Präsidenten sowie Trenkle-Villingen-Singen zum dritten Mitglied in das Präsidium gewählt. In der Versammlung wurden dann noch verschiedene das Handwerk betreffende Fragen besprochen. Klage wurde geführt über die eigenen Wege, die die Handwerkskammer Konstanz gehe. Es wurde bedauert, daß dortige Handwerksmeister nicht so viel Selbständigkeitsgefühl hätten, um sich gegen eine Bevormundung zu wehren. Die Erholungskeime des Verbandes bleiben bestehen, werden jedoch auf eine neue Grundlage gestellt. Gewünscht wurde, daß die Arbeit der Innungen und Fachverbände sich lebendiger gestalte; es gäbe Innungen und Fachverbände, die gar nichts leisteten.

t. **Konstanz,** 16. Jan. Durch Feuer ist die hinter dem Gutshof der Heil- und Pflegeanstalt bei der Station Reichenau befindliche Feldscheuer zerstört worden. Der Gesamtschaden wird ausschließlich des Gebäudeschadens auf 12 Millionen Mark geschätzt.

Aus Nachbarländern

t. **Heilbronn,** 16. Jan. Nach der Kundgebung auf dem Marktplatz gegen die Besetzung des Ruhrgebietes stimmten die Teilnehmer das Deutschlandlied an, worauf Jungkommunisten mit einem Gegengesang einsetzten. Es kam zu Handgreiflichkeiten, wobei die Kommunisten verprügelt wurden. Schutzleute trennten die streitenden Parteien und brachten einige der bedrohten und geschlagenen Jugendlichen in Schutzhaft.

t. **Memmingen,** 16. Jan. Wegen der Ermordung des Landwirts Bösch in Böhringen wurden der Taglöhner Albert Strobel, der Fabrikarbeiter Josef Daumer und der Schuhmacher Anton Krämer zum Tode verurteilt. Die Frau des Schuhmachers Krämer erhielt wegen Begünstigung und unterlassener Anzeige vier Jahre Gefängnis.

Aus dem Stadtkreise

Treu und stark — deutsch bis ins Mark —

das waren die Worte, die uns aus unserem Leserkreise zugerufen wurden, als man kürzlich versuchte, den Druck unserer Zeit auch dem „Karlsruher Tagblatt" unmittelbar fühlbar zu machen und „Durch dick und dünn" schallte es aus der anderen Ecke unseres Abonnentenkreises zurück. Was hier in spontaner Aufwallung zu uns herübertönte, beweist uns, daß wir auf rechtem Wege sind, es gibt uns in der auch für die deutsche Presse nicht nur aus materiellen Gründen so schweren Zeit Kraft, unser Ziel zu verfolgen, es gibt uns aber auch die Gewähr, daß wir unsere Leser in geschlossener Gemeinde hinter uns haben. Die erhebenden Kundgebungen des nationalen Trauertages haben gezeigt, daß im deutschen Volke nicht nur das Bewußtsein lebt, der verbrecherischen Politik imperialistischer Staatenkonzerne nicht als Mittel zum Zweck zu dienen, sondern daß auch der Wille durchzudringen beginnt, in einheitlicher vaterländischer Front zur Abwehr zusammenzustehen, um dem Recht und der Freiheit zum Siege zu verhelfen. Auf diesem Wege aber wird das „Karlsruher Tagblatt", wie bisher, so auch weiterhin Führer und Wegweiser sein, denn nichts steht uns höher als das Vaterland.

*

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 2 vom 12. Januar hat folgenden Inhalt: des Staatsministeriums: Aenderung der Gerichtsvollzieherordnung; des Ministeriums des Innern: die Arzneitaxe; des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: die Schulbehörden der Volksschule; des Arbeitsministeriums: der Vollzug der Beitragsordnung der Angestelltenversicherung.

Dienstjubiläum. In der vergangenen Woche konnte Oberreallehrer Hüttner an der hiesigen Kant-Oberrealschule sein 40jähriges Dienstjubiläum feiern. Er ist ein geborener Karlsruher. Nach längerem Aufenthalt im Auslande legte er 1882 die Reallehrerprüfung für Sprachen ab und ist seit April 1888 an der obengenannten Schule tätig, die bekanntlich vor einigen Jahren aus einer siebenklassigen Realschule zur Oberrealschule ausgebaut wurde. Der Jubilar hat manche Generation der Karlsruher Jugend in pflichteifriger Schaffensfreude mit heranbilden helfen. Seines gemütvollen Wesens halber erfreut er sich bei Schülern und Kollegen einer großen Beliebtheit. Daher begleitet die Schule die Feier seiner 40jährigen Amtstätigkeit mit den herzlichsten Glückwünschen, wie sie ihm auch das Ministerium des Kultus und Unterrichts unter Anerkennung der im Staatsdienste geleisteten Arbeit dieser Tage ausgesprochen hat.

Zweiter Nachschulungskursus für Wohlfahrtspflegerinnen. Von amtlicher Seite wird uns mitgeteilt: Der zweite Nachschulungskursus für die in der praktischen Arbeit stehenden Wohlfahrtspflegerinnen und Sozialbeamtinnen wird bei genügender Beteiligung in der Zeit vom 12. Februar bis 12. Juni 1923 in Freiburg stattfinden und durch eine staatliche Prüfung abgeschlossen werden. Die Leitung liegt in den Händen der für diesen Zweck vereinigten Sozialen Frauenschulen (Evangel. Soziale Frauenschule Freiburg i. B., Maienstraße 1, und Sozial-Politische Frauenschule in Freiburg i. B., Belfortstraße 20). Anfragen und Anmeldungen sind an die beiden genannten Schulen zu richten.

Für vertriebene Elsaß-Lothringer ist die Mitteilung wichtig, daß die Frist für die Anmeldung von Verdrängungsschäden bis zum 31. März 1923 verlängert worden ist.

Vorbildliche Kulturhilfe. Die schwere wirtschaftliche Not, mit der unsere studierende Jugend, vor allem auch jene der deutschen Kunstschulen, ringt, hat eine größere Zahl Karlsruher Hotels und Restaurants veranlaßt, je einem Studierenden der Landeskunstschule einen Mittagstisch unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Dieser Entschluß verdient nicht nur in sozialer Hinsicht besondere Anerkennung, er bedeutet auch ein Stück praktischer Kulturhilfe. Manchem jungen Künstler wird auf diese Weise der aufreibende Kampf mit der drückenden Not unserer Tage erleichtert und ihm zugleich die Möglichkeit zu erfolgreicher Fortsetzung seiner Studien gegeben. Das vorbildliche Vorgehen der Karlsruher Gastwirte sollte auch in anderen deutschen Städten Nachahmung finden.

Münzankaufpreise. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 15. bis 21. d. M. zum Preise von 35 000 Mk. für ein Zwanzigmarkstück (bisher 26 000), 17 500 Mk. für ein Zehnmarkstück (bisher 13 000). Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 15. d. M. ab bis auf weiteres zum 750fachen Betrage des Nennwertes (bisher zum 600fachen).

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Lastauto erfolgte am Montag kurz vor 8 Uhr auf der Kaiserstraße bei der Waldstraße. Die Vorderseite des Straßenbahnwagens wurde stark, der Anhängewagen des Lastautos unerheblich beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. Der Kraftwagenführer gelangte wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes zur Anzeige.

Festgenommen wurden: eine Dienstmagd aus München, die vom Amtsgericht Nauheim wegen Diebstahls gesucht wurde, ein Monteur aus Baden wegen Verdachts des Diebstahls und unerlaubten Waffenbesitzes, eine Dienstmagd von Buchen, die hier Wäsche von hohem Werte entwendete und ein aus einer Anstalt entwichener Fürsorgezögling.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

In der heute Mittwoch stattfindenden „Freischütz"-Aufführung wird außer Frl. Schlösingk, die als Agathe ihr Engagementsgastspiel fortsetzt, Frl. Betty Küper vom Reußischen Theater in Gera auf Anstellung für das auf ihren Wunsch mit Schluß der Spielzeit ausscheidende Fräulein Rodegg gastieren.

Chronik der Vereine.

Der Karlsruher Sängergau hielt am Sonntag seine Hauptversammlung ab. Der Gauschriftführer Lehnert erstattete nach der Begrüßung durch den Gauleiter Nievle den Jahresbericht, dem zu entnehmen war, daß der Gau im vergangenen Jahre eine rege Tätigkeit entwickelt hatte, wobei hauptsächlich das im Mai hier abgehaltene Gausängerfest und ein Dirigentenkurs zu erwähnen sind. Nach dem Kassenbericht des Gaukassiers Weber ist die finanzielle Lage des Gaus befriedigend. Den Vereinen wurde empfohlen, jetzt schon Maßnahmen für eine zahlreiche Beteiligung des Gaus bei dem im Jahre 1924 in Hannover stattfindenden Deutschen Sängerbundesfest zu treffen. Die von der Chorleitervereinigung vorgeschlagenen Richtlinien wegen der Dirigentengehälter wurden als Grundlage anerkannt. Am 27. Mai findet in Rüppurr der erste Gausängertag statt, mit dem anläßlich der 50. Jubelfeier des Männergesangvereins Rüppurr auch ein Wettsingen verbunden ist. Die Versammlung nahm in allen Teilen einen befriedigenden Verlauf.

Veranstaltungen.

Auf die Kollektiv-Ausstellung der Maler Karl Brutzer und Albert Schneller im Kunstverein sei hingewiesen. (Siehe d. Anzeige.)

Konzert Gebhardt. Das Programm, mit dem die jugendlichen Pianisten Rio und Ferry Gebhardt sowie der ebenfalls jugendliche Cellovirtuos Günter Schulz-Fürstenberg morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, im Eintrachtssaale auftreten werden, verspricht auserlesene Kunstgenüsse. Es beginnt mit Beethovens Klavierkonzert in C-dur Nr. 1, gespielt von Rio Gebhardt. Sein Bruder Ferry wird sodann das Klavierkonzert in B-dur von Mozart spielen, beide Brüder zusammen die erste ungarische Rhapsodie von Liszt. Dazwischen stehen Cellostücke von Bach und Goltermann. Die drei jugendlichen Künstler sind bereits von allerersten Konzertinstituten in Berlin, Frankfurt, Köln, München usw. als Solisten gewonnen worden, Rio Gebhardt speziell als Orchesterdirigent. Er ist aber als Pianist nicht weniger bedeutend, dies beweist allein die Tatsache, daß kein Geringerer als Eugen d'Albert die Ausbildung dieser „Wunderkinder" in die Hand genommen hat.

Das Fest der Köche (25jähriges Stiftungsfest), das heute stattfindet, ist mit einer Ausstellung der hervorragendsten Arbeiten der Kochkunst verbunden, außerdem mit musikalischen Darbietungen und Installation eines modernen Grillraums, zu dem die berühmtesten Spezialgeschäfte: Metzgermeister, Geflügelhändler, ihre schönsten Stücke zur Stiftung ausgesucht haben. Es ist ein glücklicher Gedanke des Vereins der Köche, daß er an seinem Jubiläum dem ganzen Karlsruher Publikum — und wer wird sich da etwa nicht einfinden — so schöne Proben seines Könnens in so praktischer Form vorzuführen gedenkt. Die Besichtigung der Erzeugnisse der Kochkunst findet in den Nachmittagsstunden von 3 bis 6 Uhr statt, nach 8 Uhr ist hoher musikalischer Genuß und etwa um 10 Uhr Eröffnung des Grillraums und Sturm auf die kulinarischen Darbietungen. Man beachte die Anzeige.

Im „Wiener Hof" findet heute abend ein Sonderkonzert unter Mitwirkung des Harfen-Virtuosen Post statt.

Standesbuch-Auszüge.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, den 17. Januar: ½11 Uhr: Karl Braunewell, Küfer, Zähringerstr. 4; 11 Uhr: Johanna Murst, Lackiers-Witwe, Zähringerstraße 4; 2 Uhr: Wilhelmine Straub, Rechnungsrat-Witwe, Winterstr. 29; ½3 Uhr: Heinrich Striebich, Eisenbahnsekretär, Morgenstr. 53; ¼4 Uhr: Maria Peter, Priv., Uhlandstraße 4; 4 Uhr: Hermann Züchner, Postschaffner, Herderstr. 9.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Versetzungen usw.

Ministerium des Innern:

Versetzt:

die Verwaltungsobersekretäre Hermann Braun und Rudolf Rogg beim Bezirksamt Karlsruhe zum Oberversicherungsamt Karlsruhe, Eduard Ostertag, bisher beim Oberversicherungsamt Karlsruhe, zum Bezirksamt Durlach.

Justizministerium.

Ernannt:

Oberamtsrichter Josef Antoni in Karlsruhe zum Landgerichtsrat daselbst; Kanzleiassistent Karl Münch beim Notariat Stühlingen, die Bürogehilfen Eduard Kraft beim Notariat Tiengen, Aug. Scheyer beim Notariat Grießen und Oskar Voß beim Landgericht Karlsruhe zu Justizassistenten.

Versetzt:

die Aufseher Sebastian Brückmann beim Amtsgefängnis Heidelberg zum Zuchthaus Bruchsal und Bernhard Kabler beim Zuchthaus Bruchsal zum Amtsgefängnis Heidelberg.

Entlassen auf Ansuchen:

Staatsanwalt Dr. Karl Frey, früher in Lörrach.

Enthoben auf Antrag:

der frühere Fabrikant Valentin Broß in Pforzheim von dem Amt als Handelsrichter bei den Kammern für Handelssachen am Landgericht Karlsruhe.

Vom Wetter

Dienstag, den 16. Januar 1923.

Das nördliche Tiefdruckgebiet bewegt sich über Polen nach Südosteuropa, wobei es sich Deutschland genähert hat und es mit kälteren nördlichen Luftströmungen überflutet, die strichweise Schneefälle bringen. Süddeutschland wird auch morgen noch im Bereich der Rückseite des Tiefdruckgebietes bleiben, so daß meist trübes Wetter mit zeitweisen Schneefällen, besonders im südlichen Baden, zu erwarten ist.

Wetteraussichten für Mittwoch, 17. Jan. 1923. Meist trüb, zeitweise Schneefälle, besonders in Südbaden, im Gebirge Frost, in der Rheinebene Temperatur um den Gefrierpunkt; nördliche Winde.

Schneeberichte.

Feldberg. 130 Zentimeter pulvriger Neuschnee, 4 Grad Kälte, schwacher Nord, Schneefall. Skisport gut.

Königstuhl. 40 Zentimtr. pulvriger Schnee, 1 Grad Wärme, frischer West, Nebel.

Villingen. 2 Zentimeter Schnee, Tauwetter, 0 Grad, leichter West, Schneefall.

Titisee. Schneehöhe 30 Zentimeter, Neuschnee, 5 Grad Kälte, Ski- und Rodelbahn sehr gut, Eisbahn vorzüglich. — Sonntag, den 21. Januar: Großes Ski-Rennen.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

16. Januar		15. Januar	
Schusterinsel	1,86 m		1,88 m
Kehl	2,62 m		2,62 m
Maxau	4,38 m		4,45 m
"	— m	mittags 12 Uhr	4,42 m
"	— m	abends 6 Uhr	4,40 m
Mannheim	3,61 m		3,76 m

Tagesanzeiger

Mittwoch, den 17. Januar 1923.

Bad. Landestheater: „Der Freischütz". Abends 7 bis gegen 10 Uhr.
Städt. Konzerthaus: Badische Lichtspiele. Abds. 8 Uhr.
Städt. Festhalle: Verein der Köche. 25jähriges Stiftungsfest. Abends 8 Uhr.
Bund der techn. Angestellten u. Beamten: Mitgliederversammlung, abds. ½8 Uhr im Moninger, Gartensaal
Karlsruher Hausfrauenbund: Teemittag. Nachmittags ¼4 Uhr im „Schlößle", Ritterstraße 7.
Colosseum. Bauerntheater. Abends 8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele: Neues Programm.
Wiener Hof: Sonder-Konzert. Abends 8 Uhr.

Persil bleibt Persil
in alter bewährter Güte!
Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desinfiziert.
geeignet für alle Arten von Wäsche.
Niemals lose! Nur in Originalpackung!
Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF, auch der altbewährten „HENKO" (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda).

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 16. Januar (abends.)

Es kosten:

Brüssel	1 Fr. 1050.—	(früh.	0.80 M.)
Amsterdam	1 Gld. 6425.—	(„	1.70 „)
London	1 Pfd. St. 75500.—	(„	20.— „)
Paris	1 Fr. 1100.—	(„	0.80 „)
Zürich	1 Fr. 3050.—	(„	0.80 „)
Italien	1 Lire 795.—	(„	0.80 „)
Newyork	1 Dollar 16200.—	(„	4.20 „)

Tendenz: fest.

Der Zusammenbruch der Zuckerzwangsbewirtschaftung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Zuckerzwangsbewirtschaftung, die mit Beginn der Zuckerkampagne 1922/23 von den in Frage kommenden behördlichen Stellen mit so großen Hoffnungen aufs neue ins Leben gesetzt und von den Verbrauchern mit gleichen Erwartungen begrüßt wurde, steht ohne allen Zweifel nahe vor dem Zusammenbruch. Und zwar wird sie scheitern nicht etwa an mangelnder Organisation in der Verteilung oder an einem Mangel der Ware überhaupt, sondern an der Unmöglichkeit der Verbraucher, die von der volkswirtschaftlichen Abteilung des Reichsministeriums im Benehmen mit den Fabrikanten festgesetzten Preise zu bezahlen. Wobei nicht unerwähnt sei, daß die Zuckerfabrikation beispielsweise für den Januarzucker noch wesentlich höhere Preise verlangt hatte, als ihr zugebilligt wurden und daß es den maßgebenden Stellen erst mit großer Mühe gelungen ist, die Preise auf das jetzt festgesetzte Maß zurückzudrücken. Schon sind wir aber soweit, daß der Inlandszucker im Preis dem Auslandszucker trotz der unerhörten Markentwertung der letzten Wochen kaum noch nachsteht und unter solchen Umständen wird der praktische Wert der Zuckerzwangsbewirtschaftung selbstverständlich hinfällig.

Leidtragender an diesem Zusammenbruch der Zuckerbewirtschaftung ist in erster Linie der Einzelhandel, dessen warnende Stimme bei den seinerzeitigen Verhandlungen seitens der maßgebenden behördlichen Stellen leider unbeachtet blieb, andererseits ist es aber auch aufs tiefste zu bedauern, daß ein so wichtiges Nahrungsmittel, wie es der Zucker darstellt, durch die uferlose Preisentwicklung der überwiegenden Mehrheit der Verbraucher nicht mehr erreichbar sein wird. Nun ist angesichts der bisherigen Erfahrungen kaum zu bezweifeln, daß die Verbraucherschaft, die von den Vorgängen hinter den Kulissen nicht unterrichtet ist, wiederum den Einzelhandel für die hohen Preise und den Zusammenbruch der Zuckerbewirtschaftung verantwortlich machen wird, da ja dieser den Konsumenten in letzter Linie gegenübertritt und den Kassier für alle vorhergehenden Produktions- und Handelsstellen zu machen hat. Demgegenüber sei in Kürze festgestellt:

Der Einzelhandel hat mit der jetzigen Regelung des Zuckerpreises gar nichts zu tun. Ihm ist nur die Verteilung des Zuckers an den Verbraucher übertragen, wofür ihm eine herzlich geringe Verdienstspanne zugebilligt wurde. Für diese Verdienstspanne, die absolut festgelegt ist und nicht überschritten werden darf, hat er nicht nur seinen ganzen Geschäftsapparat zur Verfügung zu stellen und die Verantwortung ordnungsmäßiger Verteilung zu übernehmen, sondern er hat auch noch das zweifelhafte Vergnügen, die bei den heutigen Preisen sehr erheblichen Beträge für die Zuckerlieferungen im ganzen vorzulegen, bis er dieselben schön langsam bei der Abgabe an die Verbraucher einzeln wieder hereinbekommt. Denn alle Zuckerfabriken und die Großisten fast durchweg verlangen Vorausbezahlung und kümmern sich nicht im geringsten darum, ob die Frist, bis zu welcher der Zucker seitens der Verbraucherschaft abgenommen sein muß, nun 4 oder 6 Wochen nach ihrem Zahlungstermin liegt. Nimmt man die Lieferung des Dezemberzuckers als Beispiel, so ergibt sich folgendes Bild: Dem Kleinhandel wurde vorgeschrieben, den Dezemberzucker bis zum 15. Dezember abzunehmen; diese Frist wurde dann später bis zum 31. Dezember verlängert. Die Zuckerfabriken bestimmten, daß der Handel den Dezemberzucker bis 15. Dezember an die Fabriken vorauszahlen mußte. Wer dieser Bestimmung nicht nachkam, dem wurde der Dezemberzucker nicht geliefert. Da aber die Frist für die Abnahme des Zuckers seitens der Verbraucher beim Kleinhändler bis 13. Januar hinausgeschoben wurde, hatte der Kleinhändler vom 15. Dezember bis zum 13. Januar, also volle 4 Wochen zu warten, bis er sein barverauslagtes Geld wieder zurückbekam. Welche Beträge hierbei in Frage kamen, geht schon aus der Tatsache hervor, daß sich der Verkaufspreis des Dezemberzuckers auf 220 resp. 240 Mark pro Pfund belief und wohl selbst ein unbedeutender Kleinhändler so und soviel Zentner zu verteilen hat. So sind wohl die meisten Kleinhändler gezwungen, gerade wegen des Zuckergeschäftes Bankkredit in Anspruch zu nehmen und was das unter den heutigen Verhältnissen bedeutet, wo man monatlich 2 bis 3 Prozent ohne Provision bezahlen muß, davon weiß jeder Geschäftsmann ein Liedchen zu singen.

Der Fabrikpreis des Novemberzuckers betrug ab Waggonfabrik 15 880 Mk., für Dezemberzucker 27 200 Mk., für den ersten Januarzucker 48 300 Mark; es hat sich also innerhalb dreier Verteilungsperioden eine Steigerung um nahezu das Dreifache vollzogen, die angesichts der ganzen Verhältnisse als außerordentlich hoch bezeichnet werden muß. Ein weiteres rapides Ansteigen des Zuckerpreises für die kommenden Verteilungsperioden steht ohne allen Zweifel zu erwarten und wir werden — wie schon eingangs erwähnt — in Kürze vor der Tatsache stehen, daß der Auslandszucker billiger sein wird, wie unser inländisches Erzeugnis. Diese Tatsache ist momentan nur durch das neuerliche enorme Ansteigen der ausländischen Zahlungsmittel in den Hintergrund geschoben, nicht aber endgültig verdrängt worden. Ob dann endlich den Zuckerfabriken und den sonst an der Preisgestaltung des Zuckers beteiligten Berliner Stellen die Erkenntnis dämmert, daß es eine Grenze gibt, deren Ueberschreitung die ganze Bewirtschaftung eines der wichtigsten Volksnahrungsmittel und damit auch die hochentwickelte deutsche Zuckerindustrie selbst zum Zusammenbruch bringen muß? Oder ob man wiederum versuchen wird, sich mit dem Allheilmittel gefährdeter Dividenden, mit der Beibehaltung der Einfuhrsperre des ausländischen Erzeugnisses, zu behelfen? Dies dürfte in diesem Falle wenig Erfolg haben, denn die Masse des Handels und Konsumenten ist an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt und sie kann einfach die Preise nicht mehr bezahlen, die von den Zuckerfabriken diktiert werden. Man wird andere Mittel und Wege suchen müssen und wird sie finden, wenn man nur ernstlich und ohne allzu zarte Rücksichtnahme darnach Umschau hält. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Industrieller Kapitalbedarf im Jahre 1922.

Die Beanspruchung des deutschen Kapitalmarktes ist im Jahre 1922 nicht so groß gewesen, als im Hinblick auf die katastrophale Valutaentwertung erwartet werden durfte. Während nach den Aufzeichnungen des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt & Co. im Jahre 1921 insgesamt nur 21 745 Mill. Mark neue Aktien und Obligationen geschaffen worden sind, wurden im Jahre 1922: 55 048 Mill. Mark beansprucht. Von der Ausgabe mit mehrfachem Stimmrecht ausgestatteter Vorzugsaktien wurde in besonders großem Umfange Gebrauch gemacht. 534 Mill. Mark Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht im Jahre 1921 stehen 1486 Mill. Mark im Jahre 1922 gegenüber. Der Kapitalbedarf in den Jahren 1921 und 1922 zeigt folgendes Bild:

	Stammaktien in Mill. Mk.		Vorzugsaktien mit mehrf. Stimmrecht		Vorzugsaktien mit einf. Stimmrecht		Industrielle Obligationen		insgesamt	
	1921	1922	1921	1922	1921	1922	1921	1922	1921	1922
Januar	9.8	1256	57	30	190	288	396	1688	1551	8260
Februar	1929	919	38	23	330	148	136	315	2393	1415
März	557	574	19	104	90	57	143	1240	809	4175
April	1988	3098	20	127	132	159	694	241	2834	3625
Mai	868	1893	30	107	195	127	86	517	1179	614
Juni	985	1939	9	54	47	57	484	118	1525	1613
Juli	600	1180	18	29	7	34	470	361	095	1604
August	307	1435	7	52	84	137	1	51	949	1675
September	482	3405	15	153	81	76	76	686	529	4520
Oktober	1477	3914	33	138	138	347	15	1014	1663	5366
November	4101	11801	105	483	595	341	76	657	4877	13782
Dezember	2626	10450	183	293	77	221	95	676	2941	11089
	16238	43824	534	1486	2180	3057	7658	21745	55048	

Von den Börsenplätzen.

Frankfurter Börse.

Verzweiflungshausse. — Dollar bis 16 500. — Aktien sehr fest.

w. **Frankfurt a. M.**, 16. Jan.

Schon lange herrschte nicht mehr solche Unsicherheit und Unruhe an der Börse wie heute. Der Fortgang des Vormarsches der französischen Truppen im Ruhrrevier ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Die heute vorliegenden Meldungen lauten trübe und gaben vielfach Anlaß zu lebhaftem Meinungsaustausch. Auffallend bei all den ungünstigen politischen Meldungen bleibt aber wieder, daß die Börse nach wie vor kauflustig ist und allerlei Aktien aus dem Markte nimmt.

Die große Nachfrage nach Industriewerten hält an. Es handelt sich bei der jetzigen Aufwärtsbewegung nicht etwa um Ausschreitungen der Spekulationssucht, vielmehr ist diese Stimmung eine Art Verzweiflungshausse..

Dazu kommt heute die Bewegung der ausländischen Zahlungsmittel, von denen besonders Devise Neuyork, London, Holland erhebliche Kursaufbesserungen aufweisen.

Der Dollar stand im Frühverkehr auf 15 000, 16 500—15 500.

Im Effektenverkehr von Büro zu Büro war die Tendenz ausgesprochen sehr fest. Es herrschte große Nachfrage nach Elberfelder Farben, Scheideanstalt, Holzverkohlung, Deutsch-Luxemburg, Caro und Gummi-Peter, ferner Kasseler Faß, Süddeutsche Metallaktien, Norddeutscher Lloyd und Hapag. Daimler hörte man mit 5800 bis 6000. Mansfelder 20—25 000, Krügershall 15 000. Kaliaktien sehr gesucht. Für fremde Werte gab die Bewegung der ausländischen Zahlungsmittel erneut Anregung. Dollarnoten um 1 Uhr 15 600. Türken, Anatolier, Bagdad gesuchter.

Berliner Börse.

Rasendes Steigen der fremden Zahlungsmittel. — Nachfrage nach Effekten.

w. **Berlin**, 16. Jan.

Die ungeheure Markentwertung im Auslande und die Verschärfung der politischen Lage, haben eine weitere katastrophale Aufwärtsbewegung der Devisen zur Folge gehabt. Bei fehlendem Angebot bewirkten schon kleine Käufe ganz gewaltige Steigerungen. Nur ganz vorübergehend zeigte sich geringfügige Abgabeneigung und mäßiges Nachgeben der Preise. Englische Pfund wurden bis 80 000 Mark bezahlt.

Der Dollar stellte sich im Frühverkehr auf 15 500—16 500. Um die Mittagsstunde trat eine leichte Abschwächung ein auf 15 500, die aber bald wieder von erneuten Steigerungen abgelöst wurde. Die Umsätze hielten sich in sehr engen Grenzen.

Für Industriepapiere wurden meist nicht unerheblich erhöhte Kurse genannt. Begehrt schienen oberschlesische Werte und Kaliaktien zu sein.

Industrien / Handel / Verkehr.

Geldmarkt.

Die G.-V. der Roggenrentenbank genehmigte die Kapitalserhöhung von M. 6 auf 100 Mill. Sie sei nicht zur Verstärkung der Betriebsmittel notwendig, sondern deshalb, weil man sich, wie früher schon gelegentlich betont, im Rahmen der bei den Hypothekenbanken üblichen Deckungsgrenzen halten wolle. Die Aktien sind wieder überwiegend groß gestückelt und sollen trotz förmlicher Ausschließung des Bezugsrechtes ausschließlich bei den 27 alten Aktionären (Siedlungsgesellschaften usw.) verbleiben. Sehr scharf umkämpft wurde die Ausdehnung des Gesellschaftszweckes, der jetzt auf die Förderung der Siedlung hinausgeht, auf „Bodenverbesserung und Produktion", von dem ein großer Teil der Redner eine geringere Förderung der Siedlung befürchtete. Unter Hinweis auf spätere Möglichkeiten und auf den etwaigen Wettbewerb mit ähnlichen Gesellschaften (Danzig) wurde die Erweiterung schließlich durchgedrückt. Der Vertreter einer der angeschlossenen Siedlungsgesellschaften stimmte jedoch auftragsgemäß dagegen. Auch über die Herabsetzung der Höchstbeleihungsgrenze wurde eingehend verhandelt und bei dieser Gelegenheit von der Verwaltung erklärt, daß sie im allgemeinen weit unter dem jetzt vorgesehenen Achtel bliebe und etwa ein Drittel Zentner pro Morgen durchschnittlich gewähre.

Industrien.

Moritz Marx Söhne A.-G., Bruchsal. Nach dem Bericht für 1921/22 arbeitete die Malzfabrik in der Pfalz zufriedenstellend. Auch die der Gesellschaft nahestehende Wellpappenwerk G. m. b. H. Bruchsal war gut und lohnend beschäftigt. Man habe sich die Malzfabrik in Pfungstadt angegliedert. Aus der Conservenfabrik Gonsenheim wurde eine eigene Aktien-Gesellschaft unter dem Namen Conservenfabrik Gonsenheim Wagner & Co. A.-G. Gonsenheim bei Mainz, gegründet, bei der die Gesellschaft durch Aktienbesitz beteiligt bleibt. Aus dem nach M. 71 000 (36 500) Abschreibungen verbleibenden Reingewinn von M. 1.09 (0.26) Mill. werden 25 (10) Prozent Dividende verteilt und M. 150 000 dem Werkerhaltungskonto überwiesen. Die G.-V. (20. Jan.) soll bekanntlich Kapitalserhöhung um M. 5½ auf 8 Mill. beschließen.

Brauereigesellschaft vorm. Fr. Reitter, Lörrach. Die Gesellschaft erzielte 1921/22 M. 272 413 (154 733) Reingewinn, der wieder dem zur Deckung von Vorkriegsschulden in Schweizer Franken gebildeten Franken-Agiokonto zugeführt wird, das damit auf M 698 450 anwächst. Eine Dividende wird wieder nicht verteilt.

M. Kreichgauer Landwirtschaftliche Maschinen und Motorenwerke A.-G. in Frankenthal. Die in Mannheim abgehaltene G.-V. beschloß, zwecks Verstärkung der Betriebsmittel Erhöhung des Aktienkapitals um M. 9 Mill. Stamm- und M. 1 Mill. 7proz. Vorzugsaktien mit Nachzahlungsanspruch und 15fachem Stimmrecht, beide Aktiengattungen gewinnberechtigt ab 1. Januar 1923. Die Stammaktien werden von der Rheinischen Creditbank übernommen und davon M. 6 Mill. den Aktionären 1 zu 1 zu 200 Prozent neben Bezugsrechtssteuerpauschale und Schlußnotenstempel angeboten. Die restlichen M. 3 Mill. werden von der genannten Bank im Interesse der Gesellschaft verwertet werden. Die Mehrstimmaktien wurden wegen Ueberfremdungsgefahr geschaffen. Die Gesellschaft befindet sich im besetzten Gebiet, und es hätten wiederholt Kreise, die man nicht näher zu bezeichnen brauche, Interesse dafür gezeigt. Den Kurstreibereien steht die Gesellschaft, wie in der G.-V. ausdrücklich erklärt wurde, durchaus fern. Der Geschäftsgang für 1922 sei recht günstig. Soweit die noch nicht abgeschlossen Bilanzarbeiten einen Ueberblick gestatteten, habe man mit einem guten Ergebnis zu rechnen, so daß die Dividende nicht unwesentlich über die von 1921 hinausgehen dürfte.

Verschiedenes

Die Kohlenversorgung im Dezember 1922. Die Landeskohlenstelle teilt uns mit: Durch Kahnmangel auf den Kanälen traten teilweise Stockungen in der Anlieferung der Brennstoffe ein, die sich besonders bei den öffentlichen Werken, vor allem den Gaswerken, empfindlich fühlbar machten. Die Gaswerke kamen daher im Dezember wieder nicht auf ihr Kontingent. Bei der übrigen Industrie hielt die Nachfrage nach besseren Brennstoffen, besonders in rheinischen und mitteldeutschen Braunkohlenbrikett unvermindert an. Wenn auch die Anlieferung dieser Brennstoffe ordnungsgemäß erfolgte, so konnte trotzdem der Bedarf nicht gedeckt werden. Durch das milde Wetter begünstigt und durch besondere Maßnahmen veranlaßt, konnte der Hausbrand wenigstens einigermaßen auskömmlich versorgt werden. Inlandskohle und Schmiedekohle blieben nach wie vor äußerst knapp.

Von den Märkten.

Berliner Metallmarkt. 16. Jan. Elektrolyt 5397, Kupfer 4500—4600, Weichblei 1750—1850, Zink im freien Verkehr 2250—2350, Zink in Platten 1650 bis 1750, Aluminium 7203, Drahtbarren 7228, Banka Zinn 14 200—14 300, Hüttenzinn 14 000—14 100, Reinnickel 9400—9600, Antimon 1600—1700, Silber 315 000—317 000, Oberschles. Zink 193 683.

Hamburger Metallmarkt. 16. Jan. Silber ca 900 fein 330—325, per Jan. 330—325, per Febr. 332.5 bis 327.5, per März 360—355; Zinkhütten, prompt 2275—2200, per Jan. 2275—2200, per Febr. 2350 bis 2275, per März 2525—2400; Zink, ungeschmolzen 2000—1900; Weichblei, ab Lager 2075—1900, ab Hütte 2075—1900, raffiniert 1950—1825; Banka Zink 13 600—13 100; Kupfer, greifbar 5500—5100, raffiniert 4700—4500, Wirebars 5600—5200; Elektrolyt 5700—5300.

Hamburger Altmetallmarkt. 16. Jan. Kupfer 54.50—56.50, Rotguß 43—44.75, Messing, leicht 32.50—34, Messingspäne 32.50—34, Messingguß 33—35, Blei 21.50—22, Zink 23—25.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Literatur.

G. W. Schiele: Wie kann man die Mark stabilisieren? 54 Seiten. Grundpreis 1 Mk. jetziger Preis 600 Mark. Kommissionsverlag: Reichenbachsche Verlagsbuchhandlung in Leipzig.

Das kann man nur, wenn man die Ursachen heben kann. Diese sind drei: 1. die Leistungen an die Feinde; 2. die kapitalzerstörende Wirtschaftsweise im Innern; 3. das Ernährungsdefizit. Wenn auch die erste Ursache durch ein Moratorium gehoben würde, so bliebe noch die zweite. Und wenn die zweite durch eine vernünftigere Wirtschaft im Innern gehoben würde, so bliebe noch die dritte, die ernsteste und größte. Die Abhängigkeit eines großen Teiles der Bevölkerung mit seiner ganzen Existenz vom Weltmarkt kann bei rückwärts gehendem Welthandel nur gehoben werden durch Vermehrung der deutschen Getreideernten. Ohne energische Umstellung unserer Ernährung auf die heimatlichen Aecker ist jede Stabilisierung der Mark ein hoffnungsloses Beginnen. Wenn diese Umstellung nicht geschieht, so geht die städtische Bevölkerung Deutschlands einem furchtbaren Schicksal entgegen. Je schneller und energischer sie vorgenommen wird, um so eher wird es überwunden. Ist Deutschland mit einer amerik. Anleihe zu helfen? Jedenfalls nicht mit einer Staatsanleihe. Nur keine neuen Staatslasten. Das Elend der ganzen Welt kommt ja eben aus der Ueberlastung des Staatskredites, bei uns und überall. Was macht ein Volk, wenn es sich wie das deutsche untragbare Lasten auferlegt hat? Es handelt wie ein müder Gaul, dem seine Last zu schwer wird, es legt sich in den Dreck; es macht Inflation, um weiter leben zu können. Das ist der Zustand, in den wir geraten sind. Die Inflation ist nicht nur eine Torheit, eine Leichtfertigkeit, so etwas wie Korruption; sie ist in gewissem Grade eine Notwendigkeit, bis die untragbaren Lasten abgenommen sind, eine Grausamkeit zwar gegen die Inhaber von Kriegsanleihen und anderen festverzinslichen Papieren, aber zugleich eine Durchführung des unvermeidlichen Staatsbankerotts, um die Zukunft der Nation erträglich zu machen, ein Wegräumen der Vergangenheit zu Gunsten der Zukunft einer Jugend, welche leben will.

Devisennotierungen:

w. **Frankfurt**, 16. Januar.

	15. Jan. Geld	15. Jan. Brief	16. Jan. Geld	16. Jan. Brief
Brüssel	738.35	741.85	997.50	1002.50
Holland	4713.20	4736.80	6298.40	6301.60
London	55360 —	55140 —	74812.50	75187.50
Paris	827.90	832.10	1107.20	1112.80
Schweiz	2254.35	2265.65	3054.85	3070.15
Spanien	1870.30	1879.70	2553.60	2556.40
Italien	588.50	591.50	798.—	802.—
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	2369.05	2380.95	3190.—	3201.—
Norwegen	2229.40	2240.60	2992.50	3007.50
Schweden	3201.95	2218.05	4364.05	4385.95
Helsingfors	298.75	299.25	399.—	401.—
Newyork	12144.55	12205.45	16319.—	16339.90
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Dtsch.-Oest.	17.46	17.54	22.69	22.80
Budapest	488.80	491.20	638.40	641.60
Prag	347.15	344.85	456.85	453.15
Sofia	—.—	—.—	—.—	—.—
Agram	—.—	—.—	149.62	150.38

w. **Berlin**, 16. Januar.

	15. Jan. Geld	15. Jan. Brief	16. Jan. Geld	16. Jan. Brief
Amsterdam	4663.33	4686.69	6433.87	6466.13
Brüssel	748.12	751.88	1014.97	1020.03
Christiania	2169.56	2183.44	2892.75	2907.25
Kopenhag.	2344.12	2355.88	3167.06	3182.94
Stockholm	3162.08	3177.92	4389.—	4411.—
Helsingfors	299.25	300.—	410.97	413.03
Italien	583.53	586.47	798.—	802.—
London	55362 —	55338 —	75301.25	75688.75
Newyork	11845.31	11904.69	16608.37	16691.63
Paris	815.95	820.05	1107.22	1112.78
Schweiz	2224.42	2235.58	3117.18	3132.82
Spanien	1855.36	1859.64	2583.52	2596.48
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Dtsch.-Oest.	16.90	17.—	22.94	23.06
Prag	339.15	340.85	458.65	461.15
Budapest	461.—	465.—	638.—	642.—
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	81.29	81.75	109.72	110.28
Buen.-Aires	4413.93	4436.07	6034.87	6065.13
Japan	5760.56	5789.44	7880.25	7919.75
Rio de Jan.	1356.60	1363.40	1895.25	1904.75
Jugoslavien	120.94	121.06	161.59	162.41

Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	a) vorbörsl.	b) nachbörsl.
Holland	5525 – 6600	6200 – 6600
Schweiz	2675 – 3145	2945 – 3145
Paris	965 – 1140	1050 – 1140
Belgien	892 – 1040	972 – 1040
London	66000 – 78000	73000 – 78000
Newyork	14200 – 16800	15500 – 16800
Italien	697 – 815	764 – 815
	Tendenz schwankend.	Tendenz schwankend

Markkurs in Zürich: 100 M 3.25 Cts.

Unnotierte Werte.

Mitgeteilt von Baer & Elend, Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 26

	cirka		cirka
Adler Kali	19000	Knorr	8500
Bad. Lokomotivwerke	3500	Krügershall	16000
Becker Kohle	9000	Mansfelder Aktien	19000
Becker Stahl	8000	Meurer Sprit. metall	3000
Benz	7500	Offenburger pinneret	11000
Brown Boveri	4300	Petersbgr. Int.	2700
Casseler Faßfabrik	—	Rastatter Waggon	11000
Deutsche Lastauto	6500	Rodi & Wienenberger	8000
Deutsche Petroleum	21000	Russenbank	5000
Germania Linoleum	12000	Sichel	7300
Hansa Lloyd	3500	Sloman	48000
Heidburg Vorzugs-A.	28000	Stoeck cht	4500
Inag	5800	Teichgräber	7000
Kabel Rheydt	9000	Textil Meyer	2500
Karstadt	4600	Ufa	5400